

JAHRESBERICHT 2017



LIECHTENSTEIN-INSTITUT





AUF EINEN BLICK

Das Liechtenstein-Institut wurde 1986 als Forschungsinstitut gegründet, um in den Fachbereichen Geschichte, Politik, Recht und Wirtschaft liechtensteinrelevante Forschungsthemen und Forschungsfelder wissenschaftlich zu bearbeiten. Das Institut wird von einem Verein getragen und öffentlich subventioniert.

Die Forschung erfolgt in Form von mehrjährigen Forschungsprojekten, vielen kleineren Studien, in interdisziplinären Projekten und internationalen Kooperationen. Neben den stets neu zu definierenden Prioritäten der Forschung werden auch zahlreiche Daueraufgaben wahrgenommen, wie etwa der Online-Verfassungskommentar, die Digitalisierung und Weiterentwicklung des Historischen Lexikons oder die Wahl- und Abstimmungsforschung.

Die aus der Forschungsarbeit gewonnenen Erkenntnisse sollen in der in- und ausländischen Öffentlichkeit zum besseren Verständnis des liechtensteinischen Staates beitragen, ein weltoffenes und realistisches liechtensteinisches Selbstverständnis fördern sowie in wichtigen Fragen die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erleichtern.

KENNZAHLEN

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: April 2018)

<i>Fachbereich</i>	<i>Anzahl Mitarbeitende</i>	<i>Stellenprozent</i>
Fachbereich Geschichte		
Forschungsbeauftragte	3	210 %
Fachbereich Politik		
Forschungsbeauftragte	3	250 %
Fachbereich Recht		
Forschungsbeauftragte	2	180 %
Doktoranden	2	200 %
Fachbereich Wirtschaft		
Forschungsbeauftragte	2	140 %
Wissenschaftliche Mitarbeitende und Projektmitarbeitende	3	125 %
Bibliothek und Administration	3	200 %
Anzahl laufende Forschungsprojekte		33
Öffentliche Veranstaltungen 2017		14
Anzahl Publikationen 2017		77

Inhalt

Vorwort des Präsidenten.....	2	Auftragsstudien, Gutachten	24
Vorwort des Direktors	3	Mitgliedschaft in Expertennetzwerken.....	26
Zwei verdiente Persönlichkeiten geehrt	4	Beiräte, Mandate, Kommissionen	28
Wie gut funktioniert der EWR?	6	Veranstaltungen	29
«Der Islam ist in Liechtenstein angekommen».....	7	Lehrtätigkeit, weitere Vorträge und Kurse.....	32
«Demokratische Momente» – Buchpräsentation	8	Medienpräsenz.....	34
«Community Education» – Projektabschluss	9	Nachwuchsförderung	36
SNF finanziert rechtswissenschaftliches Projekt	10	Veröffentlichungen 2017	38
Delegation der US-Botschaft zu Gast.....	11	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2017/2018	41
Projekte im Fachbereich Geschichte	12	Mitglieder des Institutsvorstands.....	42
Projekte im Fachbereich Politik	14	Mitglieder des Wissenschaftlichen Rats.....	43
Projekte im Fachbereich Recht	18	Organisation	44
Projekte im Fachbereich Wirtschaft	20	Jahresrechnung 2017	44
Institutsbibliothek	22		

Impressum

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2
9487 Bendern
Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li

Zur Fotostrecke

In einer Fotostrecke rücken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Liechtenstein-Instituts im aktuellen Jahresbericht in den Mittelpunkt. Die am Liechtenstein-Institut arbeitenden Personen interagieren mit dem Logo, das als zentrales, verbindendes Element zum integrativen Bestandteil der Fotos wird. So soll die Wichtigkeit der Menschen betont werden, die das Liechtenstein-Institut (auf Händen) tragen.

Konzeption und Gestaltung:
Martina Sochin D’Elia und Katharina Plass

Vorwort des Präsidenten



Bildung als Grundlage

Wir tun uns ob der vielen Optionen oft schwer in unserem Land, zu wissen, was wir wollen, wer wir sein wollen und wohin wir steuern. Welche Mühe hatten wir doch, uns über ein Programm, eine Idee zur Feier «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein» einig zu werden, die über das vergängliche Marketing hinausgeht! Dabei geht es uns wirtschaftlich blendend und wir haben durchaus die Möglichkeit, unser Land und die Selbstwahrnehmung unserer Gesellschaft zu gestalten, anstatt uns vor der wirtschaftlichen Entwicklung und dem ungestümen Wachstum in jeder Hinsicht hertreiben zu lassen.

Unser Staatsoberhaupt Fürst Hans-Adam II. hat ein Konzept des Staates im dritten Jahrtausend vorgestellt, inzwischen in Buchform in über zwanzig Sprachen übersetzt, das im Inland kaum politisches Echo findet, ja nicht einmal ein ablehnendes gewagt wird. Wo ist die kritische, vor allem aber vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Staatsidee beim Volk und in den Medien, deren Leserbriefspalten leider vereinnahmt werden von Verschwörungstheoretikern und alles kritisierenden Selbstdarstellern.

Dabei hat unser Land, unser Staat, grosses Potenzial, Modell zu sein in seiner Kleinheit und Übersichtlichkeit, Werte zu definieren und zu leben, die über das bloss wirtschaftliche Wachstum und immer mehr und grössere Autos und Events hinausgehen – nämlich das Bewusstsein zu schärfen für das sinnvoll Machbare, für die Gesamtheit unserer Umwelt, neben der politischen und rechtlichen auch für die Natur, die Landschaft, die Religion, unsere Gesellschaftsstrukturen und unsere internationale Einbindung als demokratischer Rechtsstaat. Grundlage dafür ist Bildung und nochmals Bildung.

Hier hat das Liechtenstein-Institut seine grosse Aufgabe und Mission, und ich freue mich, mit diesem Jahresbericht zeigen zu können, was wir im Jahr 2017 für unser Land tun konnten an Selbstvergewisserung und Erkenntnisgewinn und was noch zu tun bleibt.

Auch im Liechtenstein-Institut gibt es Wandel und Fortschreiten mit jungen, motivierten Forschern, die sich mit unserem Land befassen. Die grösste Veränderung, die wir im letzten Jahr anbahnten und in diesem Jahr umsetzten, ist die Neubesetzung unserer Direktorposition durch unseren Forschungsbeauftragten Dr. Christian Frommelt. Er übernimmt den Stab von Dr. Wilfried Marxer, der während sieben Jahren das Institut erfolgreich geführt und es nach innen und aussen gestärkt hat. Wilfried Marxer wird sich im gewonnenen Freiraum wieder verstärkt seiner politikwissenschaftlichen Forschungstätigkeit widmen, währenddem Christian Frommelt mit Enthusiasmus und neuen Ideen die Leitung des Instituts übernimmt. Herzlichen Dank an beide für ihre Begeisterung für das Institut und dessen Mission!

Mit Überzeugung präsentieren wir unseren Jahresbericht 2017 und hoffen auf eine interessierte Leserschaft. Dessen Inhalt ist das Ergebnis grosser Forschungsanstrengung, interdisziplinärer Auseinandersetzung mit für Liechtenstein wichtigen Themen, unterstützt und zusammengehalten von einer effizienten und kompetenten Administration. Herzlichen Dank an alle im Institut für unser Land Tätigen und herzlichen Dank für die zur Verfügung gestellten Finanzen aus öffentlicher und privater Hand sowie die praktische Unterstützung durch unsere Standortgemeinde Gamprin. Geisteswissenschaftliche Tätigkeit braucht eben auch ein materielles Fundament.

Das neue Jahr 2018 hat gut begonnen und ich freue mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen auf ein weiteres fruchtbares Jahr.

Dr. Guido Meier

Bendern, im Mai 2018

Vorwort des Direktors



Zurück in die Forschung

Nach sieben Jahren ging die Funktion des Direktors per 1. April 2018 an meinen Nachfolger Christian Frommelt über. Ich habe dem Vorstand und dem Wissenschaftlichen Rat schon vor längerer Zeit signalisiert, dass ich mich gegen Ende meiner beruflichen Karriere nochmals stärker auf die Forschung konzentrieren möchte. Ohnehin wird das Amt des Direktors gemäss Statuten jeweils für zwei Jahre vergeben, sodass in meinem Fall mehr als drei Mandatsperioden daraus geworden sind. Es ist gut für eine lebendige Institution wie das Liechtenstein-Institut, dass immer wieder neue Impulse gesetzt werden.

Das Liechtenstein-Institut ist meines Erachtens eine enorm wichtige Forschungseinrichtung, die sich wie keine andere mit liechtensteinspezifischen Forschungsfragen in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen befasst. Es geniesst landesintern wie international ein hohes Ansehen. Die Tätigkeiten des Jahres 2017 zeigen die enorme Fülle an Forschungsaktivitäten, an Publikationen, wissenschaftlichen Kontakten, an Vorträgen, Medienbeiträgen und vielem weiteren auf.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Liechtenstein-Instituts für die fruchtbare, motivierte und motivierende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, ebenso beim Vorstand und beim Wissenschaftlichen Rat für die Unterstützung. Allen, die sonst zum Erfolg des Instituts beitragen, möchte ich ebenfalls danken, den öffentlichen oder privaten Geldgebern und auch den aufmerksamen und kritischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Veranstaltungen.

Meinem Nachfolger wünsche ich viel Freude und Erfolg in seiner Tätigkeit.

Dr. Wilfried Marxer

Bendern, im Mai 2018



Neue Herausforderung

Als erstes möchte ich mich ganz herzlich bei Wilfried Marxer für seine in den letzten sieben Jahren als Direktor geleistete Arbeit bedanken. Das vom ihm angesprochene hohe Ansehen des Liechtenstein-Instituts im In- und Ausland ist wesentlich sein Verdienst und ich bin sehr froh, dass er dem Liechtenstein-Institut als Forscher erhalten bleibt.

Das Liechtenstein-Institut steht für mich für unabhängige, ergebnisoffene und qualitativ hochwertige Forschung in den vier Fachbereichen Recht, Politik, Geschichte und Wirtschaft. Daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern.

Der Wert sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung lässt sich nicht quantifizieren und wird deshalb oft unterschätzt. Die der Forschung immanente Reflexion liefert aber wichtiges Orientierungswissen für Debatten um nationale und globale Herausforderungen und fördert so den Diskurs über Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Vermittlung der eigenen Forschungsergebnisse stellt für das Liechtenstein-Institut eine grosse Herausforderung dar. Zu diesem Zweck verfügt das Institut über eine breite Palette an Publikationsformaten. Trotz unterschiedlicher Zielgruppen ist es diesen Gefässen gemeinsam, dass sie wissenschaftliche Erkenntnisse aufbereiten und breit zugänglich machen.

Um den dadurch initiierten Wissenstransfer noch weiter zu verbessern, braucht es aber den direkten Austausch von Forschenden und Akteuren aus der Praxis. Hier möchte ich in den nächsten Jahren neue Impulse setzen und gezielt den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis stärken.

Ich freue mich auf die neue Herausforderung.

Dr. Christian Frommelt

Bendern, im Mai 2018

Zwei verdiente Persönlichkeiten geehrt



Die Jubilare Peter Geiger und Rupert Quaderer im Kreise der an der Festschrift Beteiligten.

2017 feierten sowohl Peter Geiger als auch Rupert Quaderer ihren 75. Geburtstag. Sie wurden aus diesem Anlass vom Liechtenstein-Institut und vom Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein mit einer Festschrift geehrt.

Die als Überraschung für die beiden Jubilare geplante Publikation mit dem Titel «Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln» konnte am 25. Oktober 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Festschrift erschien als Band 59 der Reihe «Liechtenstein – Politische Schriften» im Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.

Mit Peter Geiger und Rupert Quaderer wurden zwei Persönlichkeiten geehrt, die die liechtensteinische Geschichtsforschung der letzten Jahrzehnte massgeblich geprägt haben. Besonders ihre Arbeiten über die bewegten Zeiten des Ersten Weltkriegs und der Zwanzigerjahre respektive über die Krisen- und Kriegszeit zwischen 1928 und 1945 stellen Meilensteine der liechtensteinischen Historiografie dar. Beide Jubilare übten ausserdem den Lehrerberuf über Jahre hinweg mit grosser Freude und Leidenschaft aus. «Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln» sind somit die beiden grossen, sich gegenseitig ergänzenden Wirkungsfelder der Geehrten.

Vor diesem Hintergrund versammelt die Festschrift Beiträge von 22 Autorinnen und Autoren aus dem Bereich der Geschichtswissenschaft und aus anderen Disziplinen wie der Politologie, der Rechtswissenschaft oder der Theologie. Anknüpfend an die Forschungen Rupert Quaderers und Peter Geigers beleuchten sie verschiedene Aspekte der liechtensteinischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, widmen sich Fragen der Geschichtsvermittlung oder thematisieren allgemein die Rolle der Geschichts- und Geisteswissenschaft in Politik und Gesellschaft.

Nach Begrüssungsworten von Guido Wolfinger für den Historischen Verein, von Guido Meier für das Liechtenstein-Institut und von Emanuel Schädler als Verlagsleiter führten Martina Sochin D'Elia und Fabian Frommelt, die für die Konzeption und Redaktion der Festschrift verantwortlich zeichnen, in den Inhalt ein.

Musikalisch umrahmt wurde der Anlass durch die «Sandro Pallua Group».

In seiner Ansprache würdigte Guido Meier die beiden Jubilare mit folgenden Worten: «Peter Geiger und Rupert Quaderer haben uns Liechtenstein in seiner Geschichte, seiner Herkunft und seinem Werden weiter erschlossen, sie haben einen Traum von Gerard Batliner, dem Initiator des Liechtenstein-Instituts, erfüllt, sie waren seine Traumbesetzung für den Fachbereich Geschichte. Sie sind einem dringenden Bedürfnis unseres Landes und Volkes nachgekommen in Forschung und Lehre, solange noch Zeitgenossen lebten. Die Auseinandersetzung mit liechtensteinischen Geschichtsmythen, das Wagnis des Tabubruchs, die Erkundung und Beschreibung, wie es wirklich war, oder zumindest die beste Annäherung daran, jenseits von einseitigen Darstellungen, Verdrehungen, Gerüchten und Fake News, die keine Erfindung der heutigen Zeit sind, sondern schon im Liechtenstein des beginnenden 20. Jahrhunderts gegenwärtig waren. [...] Danke Peter, danke Rupert, im Namen des Liechtenstein-Instituts, und zuvorderst im Namen unseres Landes und Volkes. Ihr habt Grosses geleistet in einer der wohl anspruchsvollsten wissenschaftlichen Disziplinen, welche das allzu oft irrationale menschliche Handeln in einer vergangenen Zeit zu ergründen und zu beschreiben sucht und den Akteuren aus ihrer Zeit heraus bewertend gerecht zu werden sucht.»



Zahlreiche Freunde und Weggefährten waren erschienen, um mit den beiden Jubilaren zu feiern.



Guido Meier würdigte die Geehrten als Forscher und Lehrer.



Martina Sochin D'Elia und Fabian Frommelt überreichten Rupert Quaderer und Peter Geiger die ersten Exemplare der Festschrift.



Vordere Reihe: Peter und Ursula Geiger-Eberle, Rupert und Elfriede Quaderer-Vogt. Hintere Reihe: die Mitwirkenden des Liechtenstein-Instituts.



Nach der gelungenen Überraschung präsentieren sich die beiden verdienten Jubilare stolz mit «ihrer» Festschrift.

Wie gut funktioniert der EWR?

Am 7. April 2017 verteidigte Christian Frommelt an der ETH Zürich erfolgreich seine Dissertation. Die Dissertation mit dem Titel «In Search of Effective Differentiated Integration: Lessons from the European Economic Area (EEA)» kann auf der Webseite des Liechtenstein-Instituts heruntergeladen werden. Wir haben Christian Frommelt einige Fragen gestellt.

Warum hast du dich auf den EWR konzentriert?

Christian Frommelt: Das EWR-Abkommen ist für die EWR/EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen immer noch das klar wichtigste Instrument zur Gestaltung ihrer Beziehungen mit der EU. Auch aus der Sicht der EU nimmt der EWR einen besonderen Platz ein: Kein anderes Abkommen zwischen der EU und einem Nicht-Mitgliedstaat sichert eine so weitreichende Einbindung in den Europäischen Integrationsprozess. Dies macht den EWR zu einem interessanten Untersuchungsgegenstand.

Was versteht man unter externer Differenzierung?

Differenzierte Integration bezeichnet die territorial unterschiedliche formelle Verbindlichkeit von EU-Recht. Dabei ist zwischen interner Differenzierung und externer Differenzierung zu unterscheiden. Während interne Differenzierung die unterschiedliche Verbindlichkeit von EU-Recht zwischen den einzelnen EU-Staaten umfasst, beschreibt externe Differenzierung, dass basierend auf Verträgen zwischen der EU und einem Nicht-EU-Staat gewisse EU-Regeln auch für diesen Nicht-EU-Staat verbindlich sind.

Warum kommt es zu externer Differenzierung?

Differenzierte Integration gilt allgemein als eine Strategie, um auf die unterschiedliche Integrationsfähigkeit und -willigkeit der europäischen Staaten zu reagieren. Die komplexe institutionelle Struktur des EWR und dessen selektiver Geltungsbereich repräsentieren dabei einen Kompromiss aus den Vorbehalten der EWR/EFTA-Staaten gegenüber einer EU-Vollmitgliedschaft einerseits und den Grundsätzen der EU gegenüber Nicht-Mitgliedstaaten andererseits.

Welches Ziel verfolgt der EWR?

Das Ziel des EWR ist die Schaffung eines homogenen und dynamischen Wirtschaftsraums. Dazu haben die EWR/EFTA-Staaten die für den EWR relevanten EU-Rechtsakte in das EWR-Abkommen zu übernehmen und korrekt in nationales Recht umzusetzen bzw. anzuwenden.

Welche Funktionsdefizite des EWR könntest du feststellen?

Ein Beispiel für eine Homogenitätsverletzung ist die verzögerte Übernahme von EU-Recht in das EWR-Abkommen. Statt der im EWR-Abkommen vorgesehenen 180 Tage dauerte die Übernahme im Untersuchungszeitraum durchschnittlich 330 Tage und in Einzelfällen sogar mehrere Jahre. Eine solche Übernahmeverzögerung führt in der Regel zu einer unterschiedlichen Verbindlichkeit von EU-Recht in den EWR/EFTA- und EU-Staaten. Das heisst, die Bestim-

mungen eines EU-Rechtsaktes sind nur für die Bürger und Unternehmen der EU-Staaten verbindlich, nicht aber für die EWR/EFTA-Staaten.

Wie lässt sich die Übernahmeverzögerung erklären?

In meiner Arbeit konnte ich beispielsweise nachweisen, dass Merkmale wie die institutionelle und funktionale Kompatibilität eines EU-Rechtsaktes mit dem EWR sowie allgemein die Politisierung eines Rechtsaktes einen grossen Einfluss auf die Übernahmegeschwindigkeit haben. Je geringer die Kompatibilität und je höher die Politisierung, desto grösser war auch die Übernahmeverzögerung. Daraus folgt, dass die Effektivität des EWR wesentlich von den konkreten Merkmalen des in das EWR-Abkommen zu übernehmenden EU-Rechtsaktes abhängt.

Was sind die Konsequenzen einer verzögerten Übernahme?

Die tatsächlichen Konsequenzen unterscheiden sich je nach Rechtsakt. So kann eine verzögerte Übernahme z. B. dazu führen, dass Unternehmen in den EWR/EFTA-Staaten keinen Zugang zum Binnenmarkt mehr besitzen. Umgekehrt kann es aber auch bedeuten, dass Unternehmen in den EWR/EFTA-Staaten bei gleichem Marktzugang bevorzugt sind, da sie gewisse Regulierungsstandards z. B. im Bereich des Umweltschutzes nicht einhalten müssen.

Welche Lehren lassen sich aus dem EWR ziehen?

Am Beispiel der Übernahmeverzögerung im EWR zeigt sich ein Grundproblem externer Differenzierung: Sobald die EWR/EFTA-Staaten innerstaatliche Akteure verstärkt in den Übernahmeprozess einbinden, erhöht sich das Risiko von Übernahmeverzögerungen und reduziert sich damit die Homogenität von EU- und EWR-Recht.

Wie könnte der EWR reformiert werden?

Reformideen für den EWR gibt es viele. Allerdings sind derzeit nur wenige davon auch realisierbar. Ich würde mich vor allem auf kleinere Reformen innerhalb der institutionellen Struktur des EWR-Abkommens konzentrieren. Ein Beispiel einer solchen Reform ist das im Jahr 2014 eingeführte Fast-Track-Procedure. Auch sind die EWR/EFTA-Staaten gefordert, die innerstaatlichen Grundlagen ihrer Europapolitik stetig zu überprüfen und an neue Herausforderungen anzupassen. Dies gilt gerade für Norwegen und Island, welche jüngst bei der Übernahme von EU-Recht immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet haben.

Der EWR wird aber immer mit einem Legitimationsdefizit zu kämpfen haben, da EWR-Recht nun mal von der EU geschaffen wird und die EWR/EFTA-Staaten hier nur allein aufgrund ihrer geringen Grösse lediglich eine Nebenrolle spielen.

Christian Frommelt: In Search of Effective Differentiated Integration: Lessons from the European Economic Area (EEA).

Thesis submitted at ETH Zurich.

Abrufbar unter www.liechtenstein-institut.li

«Der Islam ist in Liechtenstein angekommen»

Am 11. Oktober 2017 präsentierte die Regierung die vom Liechtenstein-Institut erarbeitete Studie «Islam in Liechtenstein». An der Medienorientierung waren das Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt (Regierungsrätin Dominique Gantenbein) und das Ministerium für Gesellschaft (Mauro Pedrazzini) vertreten. Wilfried Marxer stellte die Studie vor. Wir haben ihm ein paar Fragen gestellt.

Wie ist es zu der Studie gekommen?

Wilfried Marxer: Im Frühjahr 2016 wurde das Liechtenstein-Institut von der Regierung angefragt, ein Konzept für eine Studie über den Islam in Liechtenstein zu erstellen. Basierend auf diesem Konzept erteilte die Regierung im Juni 2016 dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine entsprechende Studie durchzuführen. Die Kosten wurden auf die beiden damaligen Ministerien für Inneres, Justiz und Wirtschaft (Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer) und das Ministerium für Gesellschaft (Regierungsrat Mauro Pedrazzini) aufgeteilt.

Was wurde mit der Studie beabsichtigt?

Der Impuls für die Studie ging von der Gewaltschutzkommission der Regierung aus. Dabei stand natürlich einerseits die Frage im Raum, ob es islamistische Radikalisierungen und damit zusammenhängende Gefahren in Liechtenstein gibt. Andererseits weiss man kaum etwas Spezifisches über die Musliminnen und Muslime in Liechtenstein, es gab bisher nur sehr wenige Studien und somit bestand ein erhebliches Wissensdefizit.

Wie seid ihr bei der Studie vorgegangen?

Das Liechtenstein-Institut ist das interdisziplinäre Arbeiten gewohnt, weshalb es naheliegend war, auch für diese Studie ein Team zusammenzustellen. Neben mir als Politikwissenschaftler haben aus unserem Institut die Historikerin Martina Sochin D'Elia und der Theologe Günther Boss mitgewirkt. Wir haben uns noch mit einem auswärtigen Forschenden verstärkt. Hüseyin I. Çiçek ist Politik- und Religionswissenschaftler mit türkischem Migrationshintergrund, mehrheitlich aufgewachsen in Vorarlberg und wissenschaftlich tätig am Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. Er konnte wertvolle Hintergrundinformationen liefern.

Welche thematischen Schwerpunkte habt ihr gesetzt?

Da es wie gesagt kaum Studien zum Islam in Liechtenstein gibt, haben wir möglichst viele Aspekte abgedeckt. Erstens haben wir die Geschichte der muslimischen Zuwanderung nach Liechtenstein aufgearbeitet, zweitens gesellschaftspolitische Aspekte wie Integration und Islamophobie beleuchtet und dabei auch die internationale Forschungsliteratur rezipiert. Drittens haben wir das lückenhafte statistische und umfragegestützte Datenmaterial über Muslime in Liechtenstein ausgewertet. Leider liessen die Finanzen eine zusätzliche repräsentative Erhebung nicht zu. Viertens haben wir das gegenwärtige muslimische Leben in Liechtenstein unter die Lupe genommen, deren Organisationen,

«Die» Muslime gibt es nicht: Studie zum Islam in Liechtenstein

Miteinander Die Studie «Islam in Liechtenstein» soll einen Überblick über muslimisches Leben in Liechtenstein bieten. Radikalisierungstendenzen konnten dabei nicht festgestellt werden.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Die Studie beschäftigt sich mit einer Gruppe Menschen im Land, deren einzige Gemeinsamkeit ihre Glaubensrichtung ist», betonte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini und hob damit gleichzeitig Ziel und Ergebnis der gestern veröffentlichten Studie «Islam in Liechtenstein» vor. Denn in ihrem Kern präsentiert sie anhand von Befragungen und verschiedenen Datenreihen der vergangenen zehn Jahre die Vielschichtigkeit und internen Unterschiede eines Teils der Bevölkerung, der viel zu oft als homogene Masse wahrgenommen wird. Die Muslime in Liechtenstein würden aus verschiedenen Ländern stammen, seien entweder seit Jahren hier, schon lange eingebürgert (rund 25 Prozent) oder erst gestern aus Syrien eingetroffen. «Man kann nicht fragen: Was wollen die? Die Muslime gibt es nicht», führte Pedrazzini aus. Ein Faktor, der auch die Arbeit der Regierung nicht leichter macht. Die vom Liechtenstein-Institut verfasste Islamstudie soll nun bestehende Wissenslücken schliessen und eine Grundlage für die weitere politische Arbeit darstellen. Die Regierung fokussierte sich dabei vor allem auf Fragen der Integration und des Zusammenlebens der Religionen in Liechtenstein.



Regierungsrätin Dominique Gantenbein, Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts und Regierungsrat Mauro Pedrazzini stellen die Studie vor (v. l.). (Foto: NIO)

«Entscheidend für die Integration ist die Sprache», betonte sowohl Pedrazzini als auch Bildungsministerin Gantenbein anlässlich der Präsentation. Schliesslich ermöglichte sie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. 2015 gaben 58,3 Prozent der rund 2000 Muslime Deutsch oder Dialekt als ihre Hauptsprache an, zu Hause würde es sogar von 62,7 Prozent gesprochen. Unter den 15- bis 29-Jährigen, die oft schon hier geboren sind, sind es mit 77 Prozent sogar noch mehr. Um dies weiter zu fördern, setzt die Regierung aktuell bereits in der Schule mit islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache sowie Deutsch als Zweitsprache an. Ein weiterer Aspekt der zur Integration beiträgt, sind Zu-

gehörigkeitsgefühl und Akzeptanz im alltäglichen Leben. Hier zeigte sich, dass sich zwar viele Muslime Liechtenstein zugehörig, jedoch noch nicht wirklich akzeptiert fühlen. In dieses Gefühl spielt auch die lange Suche nach einem Platz für einen islamischen Friedhof sowie eine weitere Gebetsstätte in Liechtenstein. Viele Muslime weichen für ihre Gottesdienste aktuell über den Rhein aus.

Weltliche Muslime

Auch offene Diskriminierung und Islamophobie, die sich durch die herrschenden Terrorangst verstärken, tragen seit den frühen 2000ern zu diesem Gefühl bei. Dabei gebe es in Liechtenstein keine Anzeichen einer

islamistischen Radikalisierung und auch Vermummung sei laut Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, «kein rationales Problem in Liechtenstein». Ganz im Gegenteil: Der Grossteil der Muslime hierzulande folge einem modernen Verständnis des sunnitischen Islam, der eine Trennung von Religion und Staat vorsehe (Laizismus) und würde Sekularisierungstendenzen aufweisen, so Marxer. «Die liechtensteinischen Muslime stehen nicht alle am Freitag in der Moschee und beten», merkt er an. Zwar seien sie im Vergleich zum Rest der Bevölkerung religiöser, die Bedeutung der Religion als Identifikationsmerkmal werden jedoch überschätzt. Seiten 6 und 7

Liechtensteiner Volksblatt, 12.10.2017

Moscheegemeinden und Alltags Erfahrungen. Dabei haben wir in separaten Kapiteln auch aktuelle Brennpunktfragen aufgegriffen, nämlich die Frage des islamischen Religionsunterrichts und einer islamischen Begräbnisstätte. Schliesslich haben wir noch eine Umfrage bei der Offenen Jugendarbeit Liechtenstein durchgeführt, um das Verhalten von Jugendlichen und spezifische Beobachtungen in Erfahrung zu bringen. Zahlreiche Detailinformationen haben wir zudem in Infoboxen dargestellt, ein Glossar angehängt und weitere Informationen in den Bericht eingearbeitet.

Welches sind die zentralen Ergebnisse der Studie?

Das lässt sich kaum in wenigen Sätzen darstellen. Jedenfalls konnten wir keine Radikalisierung beobachten, wobei wir natürlich weder über polizeiliche noch geheimdienstliche Informationen verfügen. Die muslimische Zuwanderung nach Liechtenstein beschränkt sich weitgehend auf Zuwanderung aus der Türkei und aus Staaten Ex-Jugoslawiens, somit eher moderate, sunnitische Muslime. Vorbehalte wegen ihrer Religion spüren Musliminnen und Muslime in Liechtenstein ähnlich wie in anderen Staaten. Die Schwierigkeiten, geeignete Gebetsräume zu betreiben, oder die ergebnislosen Diskussionen über einen muslimischen Friedhof stehen stellvertretend hierfür. Wichtig ist auch die Feststellung, dass von den mehr als 2000 Musliminnen und Muslimen in Liechtenstein mehr als 500 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft besitzen. Über die Frage, ob der Islam in Liechtenstein angekommen ist, muss man daher nicht gross diskutieren.

Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen.

Liechtenstein-Institut (Hg.), Bendern 2017.

Abrufbar unter www.liechtenstein-institut.li

«Demokratische Momente» – Buchpräsentation

Inland Liechtensteiner Vaterland | Samstag, 24. Juni 2017 5

Ein Buch gegen Mythen und Legenden

Neuerscheinung Gestern wurde der erste Band der Buchreihe «Liechtenstein erzählen» präsentiert – mit dem Titel «Demokratische Momente». Dieser behandelt zwei demokratiepolitische Wendepunkte in der Geschichte Liechtensteins.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Zwei Jahre haben Roman Banzer und Hansjörg Quaderer als freie Forschungsmitarbeiter des Liechtenstein-Instituts am Projekt «Liechtenstein erzählen» gearbeitet. Gestern wurde das Resultat der Forschung erstmals präsentiert. Der erste Band trägt den Titel «Demokratische Momente», weitere drei Bände zu anderen Themen sind in Planung. Herzstück des ersten Bandes sind zwanzig autobiographische Erzählungen.

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erzählen von ersten Kundgebungen und dem mühseligen Ringen um das Frauenstimmrecht (1971–1984) und von der Demonstration zur Stärkung des Landtages (1992), welche schliesslich zur Verfassungsdiskussion führte. Wissenschaftlich begleitet wurde das Buch von Professor Roy Sommer vom Zentrum für Erzählforschung der Bergischen Universität Wuppertal. «An den beiden Ereignissen, welche das Buch behandelt, war es nicht so heiss wie heute, aber hitziger», meinte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, bei der Begrüssung in Gamprin. Er zeigte sich auch überzeugt, dass die Publikation das breitere Interesse auslösen dürfte, als andere Publikationen des Liechtenstein-Instituts. Die Erzählforschung war auch für das Institut Neuland und sie macht auch die Geschichtsforschung nicht überflüssig, da es sich bei den Beiträgen um subjektive Wahrnehmungen handelt.

Als ob man selbst am Gespräch teilnimmt

Was Roman Banzer und Hansjörg Quaderer gestern präsentierten, liess sich sehen. Sie haben die Gespräche mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ohne konkrete Fragestellung geführt und aufwendig transkribiert. Dabei haben sie darauf geachtet, dass die Authentizität der im Dialekt gemachten Erzählungen auch in der schriftlichen Form erhalten bleiben. Damit erhält man beim Lesen den Eindruck, dass man selbst am Tisch sitzt und zuhören kann. Es sind alles Erzählungen gegen den Strich.

Die Beiträge bringen den Wunsch nach politischer Veränderung, von Fortschritten und Rückschritten auf dem langen Weg zu Gleichberechtigung, Emanzipation und Partizipation zum Ausdruck. Auch die Erzählverhältnisse werden deutlich. Und sie sind für Liechtenstein erstaunlich deutlich. Egal ob es um die Einführung des Frauenstimmrechts geht oder um die Staatskrise am 28. Oktober 1992, kommt in allen Beiträgen eine Befürchtung bzw. eine Frage zum Ausdruck: Trauen sich die Liechtensteiner heute noch ihre Meinungen zu sagen oder wird bewusst geschwiegen? Und ist man sich seiner demokratischen Rechte überhaupt noch bewusst? Liechtenstein sollte die gegenwärtige Entwicklung auch als Chance sehen, selbstkritisch den Ist-Zustand zu analysieren, Mythen zu hinterfragen und sich verstärkt – neben den materiellen – auch auf ideale Wurzeln besinnen», erzählt etwa der Historiker Rupert Quaderer. Vielleicht hat das Buch das Zeug dazu, die Diskussion über die eigene Identität und jene des Landes neu zu entfachen. Dies in einem Rahmen, welcher nicht auf Mythen und Legenden aufbaut, sondern mit einem neuen Selbstbewusstsein.



Freuen sich über die erste Ausgabe der Buchreihe «Liechtenstein erzählen»: Wilfried Marxer, Roman Banzer und Hansjörg Quaderer (v. l.).
Bilder: Tatjana Schnegger

Weitere Bilder: www.vaterland.li/fotogalerie

Liechtensteiner Vaterland,
24. Juni 2017

Am 23. Juni 2017 konnte mit «Demokratische Momente» der erste Band der Reihe «Liechtenstein erzählen» der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

In «Demokratische Momente» geht es um die Demonstration zum Frauenstimmrecht am 5. März 1971 und die EWR-Abstimmung vom 28. Oktober 1992. Aus Gesprächen mit Zeitzeugen destillierten die Autoren erzählte Erinnerungen. Fotografien aus Archiven und Privatbeständen er-

gänzen die mündlichen Erzählungen. Im Anhang der Publikation, die im Zürcher Limmat Verlag erschienen ist, finden sich Dokumente und lexikalische Kurzberichte zum jeweiligen Ereignis.

«Liechtenstein erzählen» (Assoziierte Forschung)

Nach rund dreijähriger Vorarbeit erschien im Juni 2017 im Limmat Verlag der erste Band «Demokratische Momente» in der mehrteiligen Reihe «Liechtenstein erzählen».

Wissenschaftlich begleitet wurde dieser Band von Roy Sommer vom Zentrum für Erzählforschung der Bergischen Universität Wuppertal, eingeleitet durch einen Beitrag von Wilfried Marxer. Das Herzstück dieses Bandes sind zwanzig autobiografische Erzählungen. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erzählen von ersten Kundgebungen und dem mühseligen Ringen um das Frauenstimmrecht (1971–1984) und von der Demonstration zur Stärkung des Landtags (1992). Ihre Geschichten erzählen vom Wunsch nach politischer Veränderung, von Fortschritten und Rückschlägen einer Demokratiebewegung auf dem langen Weg zu Gleichberechtigung, Emanzipation und Partizipation.

«Demokratische Momente» ist der erste Band der Buchreihe «Liechtenstein erzählen», die autobiogra-

fische Erzählungen sammelt, kommentiert und analysiert. Die Erzählungen lassen sich als Kollektivbiografie einer Generation lesen, die gegen alle Widerstände das Frauenstimmrecht herbeigeführt hat, aber auch als Gegengeschichten zum in Liechtenstein allgegenwärtigen Narrativ des Kleinstaats, der seinen Reichtum der Monarchie verdankt.

Ergänzt werden die Wirklichkeitserzählungen durch Presseaufnahmen von Alfons Kieber, Klaus Schädler und Roland Korner. Im Anhang findet sich eine Auswahl von einschlägigen Dokumenten, Fundsachen, Zeitungsberichten, Illustrationen und Erläuterungen zu den beiden genannten Schlüsselmomenten der Demokratie in Liechtenstein.

Die zweite Hälfte des Jahres 2017 gehörte der Arbeit an Band 2, der unter dem Arbeitstitel «1964–1974, Aufbrüche in die Kunst, Musik, das Theater» steht.

Verantwortlich: Roman Banzer, Hansjörg Quaderer

«Community Education» – Projektabschluss



Von links nach rechts: Cornelia Jäger (AIBA), Angelika Vonlanthen Biedermann (Stiftung Erwachsenenbildung), Stefan Sohler (AIBA), Wilfried Marxer (Liechtenstein-Institut), Olaf Kierstein (Diakonie Württemberg), Werner Höbsch (Europäisches Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung), Monika Weidner und Holger Fuhrmann (beide Aufbaugilde Heilbronn).

Am 6. Juli 2017 wurde am Liechtenstein-Institut die vom Europäischen Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung und vom Liechtenstein-Institut herausgegebene Publikation «Community Education. Stark durch Bildung» präsentiert.

Die Publikation versammelt die Beiträge einer internationalen Tagung, die im April 2016 am Liechtenstein-Institut stattfand. Angestossen wurde die Tagung von einer europäischen Erasmus+-Partnerschaft zu «Community Education».

Die Tagungsbeiträge wurden für die Veröffentlichung überarbeitet. Ebenfalls aufgenommen wurden Beiträge, die im weiteren Verlauf der Projektpartnerschaft entstanden. Sie alle kreisen um die Bedeutung und den Inhalt einer Bildung, die zur Wahrnehmung eigener Interessen ermutigt und zur Übernahme eines solidarischen, gesellschaftlich-politischen Handelns anregt – also um Community Education.

Die Publikation stellt den Abschluss dieses Erasmus+-Projektes dar, an dem das Liechtenstein-Institut, das Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung (Liechtenstein), die Diakonie Württemberg (Deutschland) und EU WAREHOUSE (Belgien) als Projektpartner beteiligt waren.

SNF finanziert rechtswissenschaftliches Projekt

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) hat 2017 einen Beitrag von rund 350'000 CHF für das am Liechtenstein-Institut angesiedelte Forschungsprojekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat. Eine rechtsvergleichende Analyse für Liechtenstein» gesprochen.

Im Zentrum des Forschungsprojekts steht die Frage nach dem Umfang der Staatsaufgaben in Liechtenstein, nach ihren Voraussetzungen und den Modalitäten ihrer Erfüllung. Ein besonderes Augenmerk gilt den für einen Kleinstaat besonders wichtigen Fragen, welche Aufgaben das Land erledigen muss, damit es den Erwartungen an einen souveränen Staat genügt, ob die Leistungen im Land selber angeboten werden müssen und wie damit umgegangen wird, dass die Anzahl kompetenter Personen beschränkt ist.

Kosten für dreijähriges Projekt gesprochen

Der Schweizerische Nationalfonds kommt während drei Jahren für die Saläre von zwei Doktorierenden auf und übernimmt die Kosten für ein internes Kolloquium und eine öffentliche Tagung. Letztere ist für Frühling 2019 am Liechtenstein-Institut vorgesehen.

Eine der beiden Dissertationen wird das wirtschaftliche Handeln des Staates untersuchen, indem sie die öffentlichen Unternehmen in Liechtenstein einer rechtlichen Analyse unterzieht. In der anderen Doktorarbeit stehen die an Private übertragenen Aufgaben im Zentrum, insbesondere die Verfahren, in denen in Liechtenstein der Entscheid über die Auslagerung getroffen wird und die Kontrolle erfolgt. Selbstverständlich werden die Fragen für das EWR-Mitglied Liechtenstein mit Blick auf die Vorgaben des Europarechts beantwortet. Ebenso werden rechtsvergleichende Betrachtungen helfen, die von Liechtenstein getroffenen Lösungen besser zu verstehen.

Geleitet wird das Projekt von Patricia Schiess, seit Sommer 2013 Forschungsbeauftragte im Fachbereich Recht am Liechtenstein-Institut. Anfang Oktober 2017 nahmen die zwei Doktorandinnen Sarah Schirmer und Enya Steiner ihre Tätigkeit am Liechtenstein-Institut auf.

«Von erheblicher Bedeutung»

Einer der drei vom SNF für die Beurteilung des Gesuches beigezogenen Gutachter äusserte sich in seiner Stellungnahme wie folgt: «Die Originalität des Projekts liegt [...] darin, dass Fragen im Zusammenhang mit dem Bestand und der Erfüllung von Staatsaufgaben bezogen auf einen Kleinstaat behandelt werden. Die tatsächlichen, politischen und historischen Gegebenheiten in Liechtenstein erfordern eine eigenständige Bearbeitung der Fragestellung, die nur in beschränktem Mass auf Erkenntnisse in anderen Staaten Rückgriff nehmen kann.»

Weiter führte er aus: «Das Forschungsprojekt [...] behandelt aus einer rechtsvergleichenden Perspektive (theoretisch und praktisch) bedeutsame und aktuelle Fragen des Staats- und Verwaltungsrechts des Kleinstaats Liechtenstein (insbesondere Staatsaufgabenlehre, Wirtschaftsverfassung, Verwaltungsorganisation). Es wird deshalb für die Weiterentwicklung der Wissenschaft des öffentlichen Rechts in Liechtenstein von erheblicher Bedeutung sein.»

Förderung der Grundlagenforschung

Der Schweizerische Nationalfonds ist die wichtigste Schweizer Organisation zur Förderung der Grundlagenforschung und unterstützt Forschungsprojekte aus allen wissenschaftlichen Disziplinen. Er hat dabei unter anderem die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zum Ziel. Da Liechtenstein jährlich einen Beitrag von 250'000 CHF an den SNF leistet, können auch Forscherinnen und Forscher der hiesigen Hochschuleinrichtungen Gesuche an den SNF richten.



Patricia Schiess von der Universität Zürich zur Titularprofessorin ernannt

In der Lehre engagierte Privatdozierende können von der Universität Zürich nach sechs Jahren zum Titularprofessor ernannt werden. Hierfür unterzieht die Fakultät die Schriften der Betroffenen einer Überprüfung. Bei Patricia Schiess war dieser Schritt 2017 fällig. Nach der Begutachtung wurde sie von der Universität zur Titularprofessorin für öffentliches Recht und Verfassungsvergleichung ernannt. Zu den begutachteten Schriften zählte auch eine ganze Reihe von Veröffentlichungen, die hier am Liechtenstein-Institut entstanden waren.

Patricia Schiess übernimmt auch in Zukunft Lehrveranstaltungen an der Universität Zürich.

Delegation der US-Botschaft zu Gast



*Von links nach rechts:
Hoyt Brian Yee, Tara Fereth Erath
und Wilfried Marxer.*

Das Liechtenstein-Institut erfreut sich grosser Beliebtheit bei Besucherinnen und Besuchern aus dem In- und Ausland. So war am 9. März 2017 auch eine Delegation der US-Botschaft in Bern am Institut zu Besuch.

In ihrer Funktion als Chargé d’Affaires bei der US-Botschaft für die Schweiz und Liechtenstein stattete Tara Fereth Erath dem Liechtenstein-Institut einen Besuch ab. Sie wurde begleitet von Hoyt Brian Yee, Deputy Assistant Secretary, Bureau of European and Eurasian Affairs, und Désirée A. Baron, Counselor for Political & Economic Affairs. Am Treffen wurden aktuelle Fragen der Politik und das politische System Liechtensteins thematisiert.

Weitere Besuche

Besuch einer Studiengruppe des Deutschen Instituts für Sachunmittelbare Demokratie, Vortrag und Diskussion über direkte Demokratie in Liechtenstein (1.5.2017)

Besuch des Vorstandes des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (22.6.2017)

Begrüssung und Vorstellung des Liechtenstein-Instituts für eine Delegation des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und der schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA (17.8.2017)

Besuch des Vereins für Menschenrechte, Kurzvorstellung des Liechtenstein-Instituts und Diskussion über Prioritäten des Schutzes von Menschenrechten (8.11.2017)

Studiengruppe der Universität St. Gallen unter der Leitung von Professor Bernhard Ehrenzeller mit Diskussion über Seminararbeiten zu direkter Demokratie (8.11.2017)

Projekte im Fachbereich Geschichte

Die Kaiserliche Administration der Reichsgrafschaft Vaduz und der Reichsherrschaft Schellenberg (1684–1699/1712). Herrschaft, Verwaltung, politische Kultur

Die rund dreissigjährige Periode vom Ende der Vaduzer Hexenprozesse 1680 bis zum Verkauf der Herrschaft Schellenberg (1699) und der Grafschaft Vaduz (1712) durch die Grafen von Hohenems an das Fürstenhaus Liechtenstein wurde bislang nicht vertieft untersucht. Sie war geprägt von der Zwangsverwaltung der beiden Herrschaften durch den kaiserlichen Kommissar Rupert von Bodman im Auftrag des Römisch-deutschen Reichs. Mit dem Ende der Herrschaft der Grafen von Hohenems und dem Übergang an das Haus Liechtenstein erfolgte in dieser Zeit eine wichtige Weichenstellung im Prozess der liechtensteinischen Staatsbildung.

Verantwortlich: Fabian Frommelt (Dissertation)

Die liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen seit den 1920er-Jahren

Seit sich Liechtenstein mit dem Abschluss des Zollvertrags im Jahr 1923 nach der Schweiz ausgerichtet hat, sind die beiden Länder eng miteinander verflochten. Dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in der Gesetzgebung oder auch kulturell. Trotz der nun rund 90 Jahre andauernden Zoll- und Währungsunion wurden die Beziehungen, die die Schweiz und Liechtenstein zueinander haben, bis anhin noch nie in einer Gesamtdarstellung untersucht. Verschiedenen Aspekten und Themen der ereignisreichen schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungsgeschichte wird nachgegangen.

Verantwortlich: Martina Sochin D'Elia

Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein – Online-Lexikon

Das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein (HLFL) ist im Januar 2013 in zwei gedruckten Bänden erschienen. Das HLFL bündelt das geschichtliche Wissen über das Land und seine Menschen von den Anfängen bis zur Gegenwart in rund 2600 thematischen, biografischen und geografischen Artikeln. Dazu kommt eine Vielzahl an Tabellen, Grafiken, Karten und Stammtafeln. Das Lexikon enthält Sachartikel zu Themen aus Staat und Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, Kultur und Kirche, Natur und Umwelt.

Das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein wurde 1988 vom Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein initiiert. Im Jahr 2000 erfolgte eine Neustrukturierung, wobei die Trägerschaft an die liechtensteinische Regierung überging. 2016 übertrug die Regierung dem Liechtenstein-Institut das Recht, den gesamten Text- und

Grafikinhalt des Lexikons online verfügbar zu machen, zu aktualisieren und zu erweitern. Die Inhalte sollen der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung gestellt und die Online-Plattform im Jahr 2018 aufgeschaltet werden.

Verantwortlich: Fabian Frommelt

Migrationshistorische, integrationshistorische und flüchtlingspolitische Fragen, insbesondere zur Doppelten Staatsbürgerschaft

Tätigkeiten in diesem Bereich umfassen die Mitarbeit an Studien, an Expertennetzwerken sowie (Tagungs-)Publikationen, Vorträge und Bereitstellung von Informationen für internationale Organisationen.

Verantwortlich: Martina Sochin D'Elia

Religion und Kirche in Staat und Gesellschaft

Unter besonderer Berücksichtigung der Kirche–Staat-Diskussion in Liechtenstein seit 1997

Seit der Errichtung des Erzbistums Vaduz im Dezember 1997 haben sich in Liechtenstein die Diskussionen um eine Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat intensiviert. In mehreren Anläufen wurde versucht, eine Modernisierung des Staatskirchenrechts zu vollziehen. Die angezielten Reformen bedeuten insofern einen Paradigmenwechsel, als sich der Staat künftig «religionsneutral» verstehen will und eine paritätische Ordnung der Religionen im staatlichen Recht anstrebt. Das Forschungsprojekt untersucht diese Reformbemühungen in einer interdisziplinären Perspektive (Geschichte, Staatskirchenrecht, Religionssoziologie usw.).

Verantwortlich: Günther Boss

500 Jahre Reformation

Im Jahr 2017 wurde weltweit das Ereignis «500 Jahre Reformation» begangen. Martin Luthers sogenannter Thesenanschlag an die Schlosskirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517 gilt als Ursprungsdatum der Reformation. Im Hinblick auf eine Vortragsreihe des Liechtenstein-Instituts, die im Herbst 2017 stattfand, wurden neue Publikationen und aktuelle Debatten zur Geschichte und Gegenwart des Protestantismus rezipiert. Auch Fragen zur liechtensteinischen Kirchengeschichte sowie zur heutigen Situation der Ökumene standen dabei im Fokus.

Verantwortlich: Günther Boss



Fabian Frommelt
Martina Sochin D'Elia

Projekte im Fachbereich Politik

Differenzierte Integration: Integrationskonzepte der EFTA-Staaten und der europäischen Mikrostaaten

Unter dem Begriff «differenzierte Integration» werden die unterschiedlichen Integrationskonzepte der EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz sowie der europäischen Mikrostaaten Andorra, Monaco und San Marino analysiert. In einem ersten Schritt wird die Effektivität der bestehenden Integrationsregime betrachtet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem EWR, welcher sowohl mit Blick auf die erfassten Politikbereiche als auch die institutionelle Zusammenarbeit die weitreichendste Form differenzierter Integration darstellt. Welche Politikfelder werden vom EWR abgedeckt? Welchen Einfluss haben die Verfahren und Institutionen des EWR auf dessen Funktionsweise? Und wie kann die Effizienz in der Verwaltung des EWR-Abkommens erhöht werden?

Basierend auf den Ergebnissen der Analyse werden weitere potenzielle Integrationsmodelle betrachtet. Zwar besitzt der EWR derzeit grosse Unterstützung, dennoch ist eine Auflösung, Neuverhandlung oder Erweiterung nicht gänzlich auszuschliessen. Wie würde sich ein solcher Schritt auf die bestehende institutionelle Zusammenarbeit sowie die Anzahl an gemeinsamen Politikfeldern zwischen der EU und den eingangs genannten Nicht-Mitgliedstaaten auswirken? Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Konzepten Souveränität und Legitimität im europäischen Integrationsprozess. Eine zentrale Erkenntnis des Forschungsprojekts ist, dass sich verschiedene Staaten nur schwer im selben Integrationsmodell zusammenfassen lassen. Demnach würde z. B. eine Erweiterung des EWR um die Schweiz oder die europäischen Mikrostaaten dessen Funktionsweise negativ beeinträchtigen.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Direkte Demokratie in Liechtenstein – Entwicklung, Analyse, Perspektiven

Das Manuskript für die Monografie über die direkte Demokratie in Liechtenstein ist abgeschlossen. Die Publikation ist in Vorbereitung und wird im Jahr 2018 im Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft in der Reihe «Liechtenstein Politische Schriften» publiziert. Regelmässig werden Volksabstimmungen in Liechtenstein mittels repräsentativen Abstimmungsfragen wissenschaftlich begleitet. Im Jahr 2017 fand allerdings keine Volksabstimmung statt.

Im April 2017 wurde Wilfried Marxer zu einem Vortrag an der Konferenz «Menace or Blessing? The Role of Direct Democracy in the Process of Political Representation» an

die Goethe Universität Frankfurt (Prof. Brigitte Geissel) eingeladen. Im Mai wurde eine Studiengruppe des Deutschen Instituts für Sachunmittelbare Demokratie im Liechtenstein-Institut über die direkte Demokratie in Liechtenstein informiert. Ausserdem bestehen Kontakte zur Swiss Democracy Foundation, mit welcher über künftige, regelmässig durchzuführende Konferenzen über direkte Demokratie am Liechtenstein-Institut diskutiert wurde. In der Festschrift für Peter Geiger und Rupert Quaderer wurde ein Beitrag über Volksabstimmungen in Liechtenstein zu Verfassungsvorlagen publiziert.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Gemeinderatstätigkeit

Obwohl die Gemeinden einen zentralen Akteur im politischen System Liechtensteins bilden, wurden deren politische Kompetenzen und somit der formelle und informelle Einfluss der Gemeinden auf die Politik Liechtensteins bisher kaum wissenschaftlich aufgearbeitet. Basierend auf einem umfassenden Datensatz untersucht das Forschungsprojekt die Tätigkeit der Gemeinderäte der Gemeinden Schaan, Triesen und Ruggell. Wie oft tagen die Gemeinderäte? Welche Themen werden dabei behandelt? Von welchen Institutionen oder Organisationen werden diese Themen eingebracht und wie oft gibt es kontroverse Abstimmungen? Die Datenerhebung wird durch mehrere Experteninterviews flankiert.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Genderfragen

2017 jährte sich die Einführung des Gleichstellungsartikels in der Verfassung zum 25. Mal. Anlässlich dieses Jubiläums wurde im Herbst 2017 eine Vortragsreihe zum Thema «25 Jahre Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau» durchgeführt. An vier Vortragsabenden wurde mit externen und internen Referentinnen über die Themen Gleichberechtigung aus international vergleichender rechtlicher Perspektive, Öffentlichkeit und Privatheit aus feministisch-politikwissenschaftlicher Perspektive, Hausarbeit und Care-Arbeit in Liechtenstein und die Zukunft von Arbeit und Familie referiert und diskutiert.

Unter anderem bedingt durch das schlechte Abschneiden der Kandidatinnen bei den liechtensteinischen Landtagswahlen, setzte 2017 ein spürbar höheres Interesse an Genderfragen in Liechtenstein ein und es gab vermehrt Anfragen an das Liechtenstein-Institut für Kommentare in Zeitungen, Interviews durch Radio und Zeitungen sowie für externe Vorträge zum Thema Frauen und Politik (beispielsweise Einladungen von Parteien).

Im Frühling 2017 erfolgte die Veröffentlichung eines Arbeitspapiers zum Thema Frauen und politische Beteiligung in Liechtenstein mit dem Titel «Mythos der Chancengleichheit. Frauen und Gleichberechtigung in Liechtenstein». Darin wurde beleuchtet, warum die Frauen in Liechtenstein trotz steigender Berufstätigkeit und Ausbildungsniveau im Landtag immer schlechter vertreten sind. Für die Erklärung wurden nicht nur Faktoren auf der politischen Ebene, sondern auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gesucht. Für Liechtenstein wurden Traditionalisierungseffekte im Erwerbsverlauf der Frauen gefunden, geschlechtsspezifische Berufswahlen ebenso wie eine Zweiteilung der Gesellschaft in männliche (bezahlte) und weibliche (unbezahlte) Bereiche.

Verantwortlich: Linda Märk-Rohrer

Governance im Kleinstaat – Eine vergleichende Analyse gesetzgeberischer Prozesse

Das Forschungsprojekt untersucht mit vorwiegend theoretischen und deskriptiv-analytischen Zielsetzungen Governance-Formen in kleinstaatlichen Gesetzgebungsprozessen am Beispiel Liechtensteins. Wichtige Forschungsfragen lauten: Wie laufen reale Gesetzgebungsprozesse im politischen System Liechtensteins ab? Wie lassen sich die entsprechenden Regelungsstrukturen mit Typologien der Governance-Forschung beschreiben und analysieren? Die empirische Untersuchung besteht unter anderem aus mündlichen und schriftlichen Expertenbefragungen, einer Auswertung des Landtagsdatensatzes des Liechtenstein-Instituts und einer Fallstudie zur Regierungs- und Verwaltungsreform.

Sebastian Wolf trat im Herbst 2016 eine Stelle an der MSB Medical School Berlin an, wo er seit 2017 eine Professur für Sozialwissenschaften inne hat. Er wird das Forschungsprojekt extern im Laufe des Jahres 2018 abschliessen.

Verantwortlich: Sebastian Wolf

Handbuch Politisches System Liechtensteins

Das Konzept für ein Handbuch zum politischen System Liechtensteins steht bereits, die Arbeit am Handbuch konnte aber 2017 wegen vieler anderweitiger Forschungsaufgaben noch nicht in Angriff genommen werden.

Das Handbuch soll zahlreiche Aspekte des politischen Systems in Einzelartikeln beleuchten, die von verschiedenen Autorinnen und Autoren verfasst werden. Es ist beabsichtigt, das Handbuch in deutscher und englischer Sprache zu publizieren, um die internationale Sichtbarkeit zu vergrößern. Die Manuskripte sollen 2018 abgeschlossen werden, die Publikation erfolgt voraussichtlich 2019.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Christian Frommelt, Linda Märk-Rohrer

Innerstaatliche Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses

Unter dem Begriff «Europäisierung» werden die Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses auf die innerstaatlichen Prozesse subsumiert. Im Zentrum des Forschungsprojekts stehen dabei die Auswirkungen der EWR- und Schengen-Mitgliedschaft Liechtensteins auf dessen Rechtsordnung, Parlamentsarbeit, Verwaltung und Wirtschaft. Wie und in welchem Umfang beeinflussen europäische Vorgaben das Handeln innerstaatlicher Politikakteure? Wie hoch ist die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Liechtensteins von Europa? Welche Spielräume nationaler Regulierung bleiben bestehen? Welche Auswirkungen hat die EWR-Mitgliedschaft auf Schlüsselbereiche der liechtensteinischen Volkswirtschaft? Erste Ergebnisse zeigen einen sehr hohen Einfluss des EWR-Rechts auf die liechtensteinische Rechtsordnung. So verfügten in den vergangenen 15 Jahren durchschnittlich über 30 Prozent der im liechtensteinischen Landesgesetzblatt veröffentlichten Gesetze über einen EWR-Impuls. Die Untersuchungen zeigen ferner auch, dass diese Gesetze im Landtag weniger stark diskutiert werden und mehr Zustimmung erhalten.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Interessenvermittlung in Liechtenstein

Im Projekt bezüglich der Interessenvermittlung Liechtensteins geht es um Grundlagenforschung, die aufdecken soll, welche Verbände und Interessengruppen in Liechtenstein überhaupt existieren und wie diese in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Einfluss nehmen können. 2017 wurden die Expertengespräche mit elf verschiedenen Verbänden abgeschlossen. Zur Ergänzung und um auch die andere Seite der Interessenvermittlung in die Analyse einzubeziehen, wurden Gespräche mit politischen Vertretern geführt, einerseits mit den Fraktionssprechern und Fraktionssprecherinnen der jeweiligen Parteien (FBP, VU, DU, FL), andererseits mit dem Regierungssekretär. Die Analyse der externen Stellungnahmen von Verbänden in den Vernehmlassungen, welche im Jahr zuvor durchgeführt worden war, wurde 2017 in Absprache mit dem Fachbereich Politikwissenschaft ergänzt durch weitere Jahre (2006–2011 sowie 2016–2017). Im Anschluss daran sollen ein Beitrag für das Handbuch Politisches System Liechtenstein verfasst sowie ein Arbeitspapier erstellt werden.

Verantwortlich: Linda Märk-Rohrer

Liechtensteinische Migrationspolitik im europäischen Kontext

Das Forschungsprojekt thematisiert die europarechtlichen und europapolitischen Rahmenbedingungen der liechtensteinischen Migrationspolitik. Als einziger Staat im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist Liechtenstein befugt, die Zuwanderung von EWR-Staatsangehörigen zu beschränken. Umgekehrt profitieren die liechtensteinischen Staatsangehörigen vollumfänglich vom freien Personenverkehr im EWR. Vor dem Hintergrund der derzeit in zahlreichen europäischen Staaten geführten Debatte über die Vor- und Nachteile des freien Personenverkehrs bedarf diese Sonderstellung Liechtensteins einer genauen Betrachtung. Dabei zeigt sich, dass die liechtensteinische Sonderlösung zahlreichen institutionellen Einschränkungen unterliegt, welche den Spielraum einer interessenbasierten Steuerung der Zuwanderung durch die liechtensteinische Regierung verringern.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Parlamentsmonitor

Im Zentrum des Forschungsprojekts steht die deskriptive Analyse der Tätigkeit des liechtensteinischen Landtages. Das Forschungsprojekt untersucht unter anderem, wie die einzelnen Landtagsabgeordneten abstimmen und welche parlamentarischen Instrumente sie nutzen. Wie geeint treten die einzelnen Fraktionen im liechtensteinischen Landtag auf? Von welcher Fraktion und welchen Abgeordneten wird am meisten Opposition ausgeübt? Die Ergebnisse zeigen unter anderem eine aktive Nutzung der parlamentarischen Instrumente, wechselnde Koalitionsbildungen sowie eine stark selektive Politisierung der Landtagsgeschäfte, wonach sich die politische Debatte auf einzelne Geschäfte konzentriert, während die übrigen Geschäfte meist ohne grosse Opposition bzw. Diskussion verabschiedet werden.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wird ferner eine politische Landkarte Liechtensteins anhand verschiedener Dimensionen wie z. B. «links–rechts» sowie «konservativ–liberal» erstellt und die Position der einzelnen Abgeordneten auf dieser Landkarte ermittelt.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Politikkreislauf

Das Forschungsprojekt analysiert den Gesetzgebungsprozess Liechtensteins. Dieser umfasst im Wesentlichen eine Vernehmlassung, die einzelnen Lesungen im Landtag, die Sanktion durch den Landesfürsten sowie die Veröffentlichung im Landesgesetzblatt. Im Rahmen des Forschungsprojekts soll aufgezeigt werden, wo und wann in diesem Prozess welche Änderungen durch welche Akteure erfol-

gen. Die Analyse erfolgt unter Einbezug von Merkmalen und Eigenschaften der jeweiligen Gesetzesvorlage wie z. B. Politikfeld, Regulierungszweck oder Impuls bzw. Urheber.

Verantwortlich: Christian Frommelt

Politischer Parallelismus und normative Ansprüche an Öffentlichkeit – der Fall Liechtenstein

Eine öffentlichkeitstheoretisch und politikwissenschaftlich geleitete Inhaltsanalyse der Tageszeitungen für die Jahre 2006 und 2014

Im Rahmen einer Dissertation unter der Leitung von Prof. Dr. Otfried Jarren, Universität Zürich, wird mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse der Landtagsberichterstattung und Meinungsbeiträge der beiden Tageszeitungen Liechtensteiner Volksblatt und Liechtensteiner Vaterland für die Jahre 2006 und 2014 die politische Kommunikation über die politischen Akteure (Staatsoberhaupt, Regierung, Landtag, Parteien) untersucht.

Unter Verwendung des Konzeptes «politischer Parallelismus», welches die Verbindungen zwischen Politik und Medien in den Fokus rückt, werden die Resultate Aufschluss darüber geben, inwieweit sich die Parallelstrukturen zwischen den Tageszeitungen und den Volksparteien FBP und VU auf die politische Berichterstattung niederschlagen. Ob die beiden Tageszeitungen mit ihrer Berichterstattung über die Alltagspolitik demokratietheoretisch-normative Ansprüche erfüllen können, wird mit dem normativen Bezugsrahmen des repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsmodells geprüft.

Verantwortlich: Roman Büsser (Dissertation)

Wahlen und Wahlrecht

Die Tradition der seit 1997 durchgeführten Nachwahlumfragen bei Landtagswahlen wurde auch bei den Wahlen vom 5. Februar 2017 fortgesetzt. Die Analyse wurde in zahlreichen Vorträgen präsentiert. Besonderes Interesse weckte der Umstand, dass die Frauen bei den Wahlen schlecht abschnitten und nur drei der 25 Mandate erreichten. Daher waren manche Parteigremien an vertiefenden Analysen interessiert. Ferner wurde die Datenanalyse in der Schriftenreihe LI Aktuell als Nummer 1/2017 veröffentlicht.

Wilfried Marxer und Christian Frommelt wurden vor, während und nach den Wahlen regelmässig von Medien kontaktiert und nahmen auch als Experten an der von Radio-L-Chefredaktor Martin Frommelt und Moderatorin Petra Matt geleiteten Fernseh-Wahlsonntag teil.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Christian Frommelt

Wilfried Marxer
Christian Frommelt
Linda Märk-Rohrer
Roman Büsser



Projekte im Fachbereich Recht

Gemeinderecht

Im Nachgang zur Kommentierung der Bestimmungen über die Gemeinden im Online-Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung werden weitere Rechtsfragen zu den Liechtensteiner Gemeinden erörtert. Daraus hervorgegangen ist im Jahr 2017 der Buchbeitrag «Die Kompetenzen der Gemeinden bei der Verleihung des Staatsbürgerrechts. Ein Rechtsvergleich zwischen Liechtenstein und der Schweiz» und ein Vortrag über die Situation der Gemeinden im Fürstentum Liechtenstein vor dem Fachausschuss für Rechtsangelegenheiten des österreichischen Städtebundes.

Verantwortlich: Patricia Schiess

Geschichte des liechtensteinischen Zivilprozessrechts

Unter der Herausgeberschaft von Univ.-Prof. Dr. Hubertus Schumacher befindet sich ein Handbuch zum liechtensteinischen Zivilprozessrecht in Ausarbeitung. Das Liechtenstein-Institut ist dabei für den historischen Teil des Handbuchs zuständig. Eine Teilreform der liechtensteinischen Zivilprozessordnung (ZPO) zwecks Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens wird durchgeführt. Das bietet die Gelegenheit, sich auf die (namentlich prozessökonomischen) Wurzeln der ZPO in der österreichischen Zivilprozessordnung von 1895 und auf die Überlegungen ihres Schöpfers Franz Klein zurückzubedenken, um das damalige Konzept für heute nutzbar zu machen.

Verantwortlich: Emanuel Schädler

Liechtensteinisches Verwaltungsverfahrenrecht

Das Forschungsprojekt widmet sich aus wissenschaftlicher Sicht dem liechtensteinischen Verwaltungs(beschwerde)verfahren. Einerseits bezweckt es, das geltende Landesverwaltungspflegegesetz (LVG) von 1922 zu beleuchten und insbesondere Hilfestellungen für den Umgang mit ihm in der juristischen Praxis zu schaffen. Andererseits ist der Blick de lege ferenda auf die derzeit laufende Reform des liechtensteinischen Verwaltungsverfahrenrechts und deren (Zwischen-)Ergebnisse gerichtet.

Verantwortlich: Emanuel Schädler

Parlamentarische Untersuchungskommissionen

Ausgehend von Fragen zur Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) Liechtensteinische Post AG, die im Juni 2016 ihren Zwischenbericht vorlegte, werden die PUK respektive Untersuchungsschüsse interdisziplinär und länderübergreifend (Liechtenstein, Österreich, Schweiz) einer eingehenden Analyse unterzogen.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Peter Bussjäger, Patricia Schiess

SNF-Projekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat»

Der Schweizerische Nationalfonds SNF fördert während dreier Jahre das Forschungsprojekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat». Eine rechtsvergleichende Analyse für Liechtenstein. Es wird sich der Frage widmen, welche Aufgaben ein Staat zwingend wahrnehmen muss und weder an Private im Inland noch an Organisationen im Ausland abtreten darf. Diese Frage stellt sich in einem Kleinstaat wie Liechtenstein besonders pointiert. Schliesslich sind die Ressourcen in kleinen Gemeinwesen beschränkt und Liechtenstein ist es gewohnt, mit seinen Nachbarn zusammenzuarbeiten. Zwei Dissertationen plus weitere rechtswissenschaftliche Publikationen werden die wirtschaftlichen Tätigkeiten der öffentlichen Unternehmen Liechtensteins und die an Private übertragenen öffentlichen Aufgaben analysieren. Im Zentrum steht die Analyse liechtensteinischer Gesetze, des EWR-Rechts und weiterer völkerrechtlicher Übereinkommen.

Verantwortlich: Patricia Schiess

Doktorandinnen: Sarah Schirmer, Enya Steiner (ab Oktober 2017)

Verfassungskommentar (www.verfassung.li)

Das Projekt beinhaltet eine wissenschaftlich fundierte, Rechtsprechung und Literatur gleichermaßen umfassend darstellende Kommentierung der liechtensteinischen Verfassung, welche seit dem 15. März 2016 für jedermann kostenlos zugänglich als Online-Kommentar veröffentlicht ist. Das aus liechtensteinischen, schweizerischen und österreichischen Experten des Verfassungsrechts bestehende Begleitgremium hat im abgelaufenen Jahr zweimal getagt. Die Kommentierung der noch nicht analysierten Verfassungsartikel wird im Jahr 2018 fortgesetzt. Das Projekt wurde in einem Vortrag «Verfassungsrecht im Kleinstaat» an der Wirtschaftsuniversität Wien im Januar 2017 näher vorgestellt.

Verantwortlich: Peter Bussjäger, Patricia Schiess

Mitarbeit: Emanuel Schädler

Verfassungsrecht im Kleinstaat

Zum Thema «Verfassungsrecht im Kleinstaat» wird im Lauf des Jahres 2018 ein Text im «Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart» erscheinen. In einem Seminar wurde das Verhältnis von nationalem Recht und EWR-Recht näher beleuchtet. Eine Zusammenfassung dieses Seminars ist in einem Text von Christian Frommelt und Peter Bussjäger in der Liechtensteinischen Juristen-Zeitung erschienen.

Verantwortlich: Peter Bussjäger, Christian Frommelt



Enya Steiner
Patricia Schiess
Emanuel Schädler
Sarah Schirmer

Projekte im Fachbereich Wirtschaft

Europäische Kleinstaaten im internationalen ökonomischen Spannungsfeld

In Fortführung der bisherigen auf Liechtenstein bezogenen Forschung wird in diesem laufenden Projekt der Fokus auf Liechtenstein im internationalen Kontext gerichtet, indem andere Kleinstaaten Europas in die Forschungsfragen integriert werden. Dabei sind wirtschaftliche, institutionelle und politische Unterschiede (respektive Eigenheiten) von analytischem Interesse. In diesem Zusammenhang sind die Auswirkungen der Finanz- und Schuldenkrise von besonderer Relevanz.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Konjunkturchronologie

Es gibt zwar bereits verschiedene historische und ökonomische Untersuchungen des steilen Wachstums der liechtensteinischen Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg (und mittlerweile auch einige konjunkturanalytische Publikationen zu Liechtensteins Volkswirtschaft). Es fehlte jedoch bislang an einer akribischen Aufarbeitung kurzfristiger konjunktureller Einflüsse und Schocks entlang dieses langfristigen Wachstumspfad der letzten Jahrzehnte. Neben der statistischen Analyse von Zeitreihen der liechtensteinischen Volkswirtschaft stand in diesem Projekt vor allem eine wirtschaftsgeschichtliche, chronologische Aufbereitung im Vordergrund. Dafür wurden unzählige Quellen und Berichte aus den jeweiligen Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute gesichtet, ausgewertet und zu einem konjunkturellen Bild gebündelt. Dabei wurde Liechtenstein auch im Kontext der internationalen konjunkturellen Fluktuationen betrachtet und es wurden Vergleiche mit dem wirtschaftlichen Klima in den Nachbarstaaten angestellt.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Liechtensteins öffentliche Finanzen: Eine strukturell-analytische Betrachtung der Haushalte von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen

In diesem Projekt werden umfassende Analysen der öffentlichen Finanzen Liechtensteins durchgeführt. Im Lichte der öffentlichen Sparanstrengungen werden mögliche Vor- und Nachteile verschiedener Instrumente zur stärkeren Finanzkontrolle untersucht. Im Kontext dazu werden die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Hinblick auf die Trennung der strukturellen Komponente von konjunkturellen sowie transitorischen Einflüssen analysiert. In diesem Zusammenhang stehen vor allem das strukturelle Defizit und die Frage der nachhaltigen Finanzierung der öffentlichen Haushalte (Staat, Gemeinden, Sozialversicherungen) im Zentrum des Interesses. Dabei werden exogene

Determinanten (z. B. die internationale Wirtschaftskrise) und endogene Einflussfaktoren (Wachstumsschwäche der liechtensteinischen Volkswirtschaft, Reform am Finanzplatz, Steuerreform, politische Sparanstrengungen) explizit miteinbezogen.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Ungleichheit und Umverteilung

Verteilungsfragen haben in der volkswirtschaftlichen Analyse an Bedeutung zugenommen und werden auch in Liechtenstein politisch immer vehementer diskutiert. Nimmt die Ungleichheit zu? Wer profitiert von aktuellen Entwicklungen und wer nicht? Wie ungleich verteilt sind die liechtensteinischen Einkommen und Vermögen im internationalen Vergleich?

Verantwortlich: Berno Büchel, Andreas Brunhart

Verteilungsgerechtigkeit im internationalen Vergleich

Einstellungen zu Umverteilung, z. B. wie hoch Einkommenssteuern sein sollen, trennen nicht nur eher «linke» von eher «rechten» Positionen im politischen Spektrum, sondern auch ganze Länder voneinander, die durch unterschiedliche Umverteilungssysteme geprägt sind. Extreme Beispiele sind Frankreich und die Vereinigten Staaten, die jeweils gegensätzliche Auffassungen zum richtigen Mass an Umverteilung vertreten. Während viele Staaten, darunter auch die deutschsprachigen, an regelmässigen Erhebungen zu diesem Thema teilnehmen, fehlt Liechtenstein auf der Landkarte. Wie ordnet sich Liechtenstein im internationalen Vergleich ein? Und worauf basieren die vorherrschenden Einstellungen und Werthaltungen? In mehreren repräsentativen Telefonumfragen wurden verschiedene Einstellungen und Werthaltungen der liechtensteinischen Bevölkerung zum Thema Verteilungsgerechtigkeit erhoben. Die Auswertungen geben einen ersten Eindruck zu den oben genannten Fragen.

Verantwortlich: Berno Büchel in Zusammenarbeit mit Achim Voss (Universität Hamburg)

Wachstums- und Konjunkturanalyse

Die punktuelle, aber fortlaufende Wachstums- und Konjunkturanalyse wird seit 2013 als Daueraufgabe am Liechtenstein-Institut betrachtet. Dabei ergeben sich wegen der Kleinheit der liechtensteinischen Volkswirtschaft Synergien zum Forschungsbereich Kleinstaatenökonomie.

Verantwortlich: Andreas Brunhart



Christian Glocker
Andreas Brunhart
Kristina Budimir

Institutsbibliothek

Das Arbeitsfeld der Bibliothek umfasst die Arbeitsbereiche Bestandsaufbau, Bestandsverwaltung inkl. Periodika, Dokumentlieferung, Katalogpflege, Open Access und allgemeine Forschungsunterstützung.

Diplom-Bibliothekarin Cornelia Schuster ist zu 60 Prozent Wochenarbeitszeit mit den Angelegenheiten der Bibliothek betraut.

Die Verwaltung der Neuzugänge wird seit diesem Jahr durch das Literaturverwaltungsprogramm Citavi unterstützt. Die Anbindung an den Worldcat und die integrierte Aufgabenverwaltung erleichtern die Übersicht über die Kette an Arbeitsschritten, die mit dem Erwerb einer Publikation in Gang gebracht wird.

Neues Regelwerk für die Katalogisierung

In der Katalogpflege brachte die landesweite Übernahme des internationalen Katalogisierungs-Regelwerks RDA (Resource Description and Access) neue Herausforderungen mit sich. In Zusammenarbeit mit der Landesbibliothek gelang der Anschluss an ein modernen Anforderungen genügendes Regelwerk für die formale Beschreibung aller Arten von Medien. Die international angewandte Standardisierung verbindet den deutsch- und englischsprachigen Raum enger miteinander und wird zukünftig neue Recherchemöglichkeiten eröffnen.

Neue Herausforderungen durch Einführung der Gemeinsamen Normdatei

Im Zusammenhang damit steht ein intensiver Wissensaufbau zur Einführung der Gemeinsamen Normdatei (GND) aller deutschsprachigen Länder im Katalog. Neben einheitlichen formellen Regeln für die Benennung von Personen, Körperschaften, Konferenzen und Geografika erhöht insbesondere die Verwendung eines kontrollierten und normierten Schlagwortvokabulars zur inhaltlichen Erschliessung von Publikationen die Qualität unserer Metadaten. Der grosse Normdatenverbund mit der Möglichkeit zur Übernahme von Fremddaten hält den Aufwand dafür in Grenzen.

Das Scannen von Inhaltsverzeichnissen unserer Neuzugänge wie auch retrospektiv unseres älteren Bibliotheksbestandes ab der Jahrtausendwende als Teil der Katalogpflege ging planmässig voran. Um das Tempo zu beschleunigen und die Zeit bis zur Verfügbarkeit der Inhaltsverzeichnisse in der Katalogrecherche zu verkürzen, wurde das jährliche Kontingent erhöht. Eine automatisierte Übersetzung von englischsprachigen Begriffen ins Deutsche verbessert den Suchkomfort.

Die Zahl der Dokumentlieferungen aus auswärtigen Bibliotheken und Datenbanken beläuft sich auf vergleichsweise niedrigem Niveau auf 140. Darunter befinden sich 92 Bücher, 36 als PDF/Fax/per Post aus Bibliotheken gelieferte Aufsätze, sechs Aufsätze aus uns verfügbaren Datenbanken,

vier open-access-zugreifbare Artikel und zwei schliesslich fest bestellte Bände.

Erfreulicherweise konnte mit Hilfe des Konsortiums der Schweizer Wissenschaftlichen Bibliotheken erreicht werden, dass die zentral lizenzierten Zeitschriften-Datenbanken der Verlage Oxford und Cambridge auch uns ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung stehen.

Die aktualisierten Bestandszahlen der Hauptdisziplinen lauten in quantitativ absteigender Reihenfolge: Rechtswissenschaft 2023, Politikwissenschaft und Soziologie 1837, Liechtensteinensia 1654, Geschichte 1116 und Wirtschaftswissenschaft 389. Als Neuzugang wurden 74 Geschenke und 82 durch Kauf erworbene Medien verzeichnet. Der gesamte Medienbestand beläuft sich jetzt auf 7109 katalogisierte Titel. An Periodika besitzt die Bibliothek insgesamt 44, davon 24 Zeitschriften, neun Jahrbücher, sieben Loseblattsammlungen und vier Zeitungen. Von den 33 Zeitschriften und Jahrbüchern sind inzwischen 20 Archive frei im Internet zugänglich, allerdings natürlich mit Embargo für die neuesten Hefte/Jahre. 13 Archive mussten lizenziert werden. An Datenbanken stehen das Liechtensteiner Rechtportal und Swiss-Impex (ein Expertenzugriff) unseren Forschern zur Verfügung. Vier E-Books wurden neu lizenziert.



Cornelia Schuster

Auftragsstudien, Gutachten

Analyse der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich

Im Auftrag des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten erstellte das Liechtenstein-Institut eine Studie über die wirtschaftliche und politische Verflechtung Liechtensteins mit dem Vereinigten Königreich. Die Ergebnisse der Studie flossen ein in den Analyseprozess der Folgen eines Brexits für Liechtenstein.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Christian Frommelt, Andreas Brunhart

Bildungsbericht

Das Liechtenstein-Institut wurde von der Regierung beauftragt, parallel zum Schweizer Bildungsbericht künftig einen liechtensteinischen Bildungsbericht zu erstellen. 2020 soll ein Pilotbericht erarbeitet sein, 2022 zeitgleich mit dem Schweizer Bildungsbericht der liechtensteinische Bericht erscheinen.

Für diese Aufgabe wurde 2017 eine entsprechend qualifizierte Person gesucht. Die Volkswirtin Kristina Budimir konnte die Stelle am 1. Januar 2018 antreten.

Verantwortlich: Wilfried Marxer (ab 1.1.2018: Kristina Budimir)

Digitalisierung der Aktenverwaltung in Liechtenstein

Peter Bussjäger hat für die Regierung ein Gutachten zur Frage der Digitalisierung der Aktenverwaltung in Liechtenstein und damit verbundenen rechtlichen Fragen erstellt.

Verantwortlich: Peter Bussjäger

Familienumfrage

Das Ministerium für Gesellschaft erteilte nach der Volksabstimmung zum Familienzulagengesetz im September 2016 dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine Bedarfserhebung betreffend ausserhäusliche Kinderbetreuung durchzuführen. Ziel war es, herauszufinden, wie die Familien ihren Alltag in Sachen Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc. gestalten und wo hierbei die Herausforderungen und Chancen liegen.

Die Studie gliedert sich in zwei Teile: eine Onlinebefragung von Eltern mit Kindern bis 12 Jahre sowie anschliessende Fokusgruppengespräche mit sechs verschiedenen Gruppen. Diese ergaben sich durch eine zufällige statistische Auswahl von denjenigen, die in der Onlinebefragung ihre Bereitschaft erklärt hatten entlang verschiedener Merkmale (Alter Kinder, Erwerbstätigkeit, Geschlecht etc.).

Die Onlinebefragung wurde gegen Ende 2017 durchgeführt und abgeschlossen. Die Durchführung der Fokusgruppengespräche sowie deren Auswertung und die Erstellung eines Schlussberichtes werden sich bis ins Frühjahr 2018 erstrecken.

Verantwortlich: Linda Märk-Rohrer und Wilfried Marxer

Islam in Liechtenstein

Die Regierung erteilte dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine Studie über den Islam in Liechtenstein durchzuführen. Die 2017 vorgestellte Studie beinhaltet mehrere Beiträge, die die historische Entwicklung, statistische Daten, die aktuelle öffentliche und wissenschaftliche Diskussion, das muslimische Leben in Liechtenstein sowie spezielle Fragen wie etwa eine muslimische Begräbnisstätte und Gebetsräume oder Erfahrungen in der offenen Jugendarbeit beinhalten.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Martina Sochin D'Elia, Günther Boss

Mitarbeit: Hüseyin I. Çiçek

Jubiläum «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein»

2019 feiert das Fürstentum Liechtenstein sein 300-jähriges Bestehen. Eines der offiziellen Jubiläumsprojekte des Landes ist der «Liechtenstein-Weg», der alle liechtensteinischen Gemeinden verbindet. Der Weg bietet an rund 120 über das ganze Land verteilten Points of Interest Informationen zur historischen Entwicklung Liechtensteins, die über ein Smartphone-App abgerufen werden können.

Im Auftrag von Liechtenstein Marketing, welchem die Organisation der Jubiläumsanlässe übertragen wurde, erstellte der Fachbereich Geschichte 2017 ein Konzept für den Liechtenstein-Weg. Im Jahr 2018 werden die Texte und die Illustration der App erarbeitet.

Verantwortlich: Fabian Frommelt, Martina Sochin D'Elia

Menschenrechtsbericht

Seit dem Jahr 2010 wird im Auftrag der Regierung jährlich ein Statusbericht zu den Menschenrechten in Liechtenstein erstellt. Darin werden rund 100 Themen, die Bezug zu Menschenrechten haben, anhand von Zahlen und Fakten behandelt.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Mitarbeit: Patricia Hornich

Monitoring Extremismus

Seit dem Jahr 2011 wird jährlich im Auftrag der Regierung und der Gewaltschutzkommission ein Bericht über den Rechtsextremismus in Liechtenstein erstellt, seit 2016 generell über Extremismus. Der Bericht sammelt alle öffentlich zugänglichen Informationen über Aktivitäten der extremistischen Szene, sowohl Berichte in den Medien wie auch Flugblätter, Aktionen, Veranstaltungen oder Darstellungen im Internet. Ferner werden auch Aktionen von Behörden, Stellungnahmen und anderes im Bericht dokumentiert.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Rechte von Menschen mit Behinderungen

Aus Anlass «10 Jahre Behindertengleichstellungsgesetz» erteilte der Liechtensteiner Behindertenverband dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine Studie über die Lage von Menschen mit Behinderungen in Liechtenstein zu erstellen. Der Fokus wurde dabei auf die rechtliche Lage gerichtet, wobei die nationale Gesetzgebung ebenso wie internationale Vereinbarungen betrachtet wurden. Als grosser Mangel stellt sich heraus, dass Liechtenstein die UNO-Behindertenrechtskonvention noch nicht unterzeichnet und ratifiziert hat.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Studie zu Service-public-Unternehmen

Das Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport erteilte dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine Studie über sieben Service-public-Unternehmen, die dem Ministerium zugeordnet sind, zu erstellen. Die Studie beinhaltet Interviews mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden und NGOs, eine allgemeine Bevölkerungsumfrage in Form einer Onlineumfrage sowie Interviews mit Verwaltungsräten und den Geschäftsleitungen der Unternehmen. Die Arbeiten begannen im Herbst 2017 und werden in der ersten Jahreshälfte 2018 abgeschlossen.

Verantwortlich: Wilfried Marxer
Mitarbeit: Roman Büsser

Volkswirtschaftliche Daten

Im Jahr 2017 erhielt das Liechtenstein-Institut verschiedene Anfragen zu wirtschaftlichen Daten und Kennzahlen (von Medien, Verbänden etc.). Ein Beispiel dafür war die im Jahr 2017 bearbeitete Anfrage zur Datenberechnung für die Publikation «Fokus Arbeitsmarkt: Fit für die Zukunft» der Stiftung Zukunft.li.

Verantwortlich: Andreas Brunhart

Mitgliedschaft in Expertennetzwerken

Forschende des Liechtenstein-Instituts arbeiten in verschiedenen internationalen Expertennetzwerken mit. Bei direkt von der EU finanzierten Netzwerken finden öffentliche Ausschreibungen statt, bei denen die sich bewerbenden Konsortien für jeden Staat eine unabhängige Person mit akademischem Hintergrund benennen müssen. Dies betrifft die Mitgliedstaaten der EU, teilweise auch EWR- und weitere Staaten und somit auch Liechtenstein.

Bei manchen Netzwerken wird dabei das Liechtenstein-Institut als die geeignete Institution für den Länderfall Liechtenstein identifiziert. Die Entschädigung erfolgt aus Mitteln der EU. Die Experten müssen je nach Fragestellung und Themenschwerpunkten relevante Informationen über den betreffenden Staat, über Gesetzeslage, politische Entscheidungen und Massnahmen, statistische Daten etc. liefern.

Academic Network of Experts in the Field of Disability (ANED)

Das Akademische Netzwerk für europäische Behindertenpolitik (ANED) wurde im Dezember 2007 von der Europäischen Kommission eingerichtet. ANED unterstützt in Zusammenarbeit mit dem Referat «Eingliederung von Menschen mit Behinderungen» der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten in der Entwicklung von behindertenpolitischen Strategien durch unabhängige wissenschaftliche Beratung, Analyse und Information. Gleichfalls werden die Ziele der Behindertenpolitik der EU im Hinblick auf eine vollständige Integration und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gefördert. Das Liechtenstein-Institut ist seit 2012 Mitglied dieses Netzwerkes und nimmt durch sachverständige Berichterstattung zu spezifischen Entwicklungen und Themen Stellung. 2017 lagen die thematischen Prioritäten in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Sozialschutz. Die Leitung des Netzwerkes erfolgt durch Human European Consultancy in Zusammenarbeit mit dem Centre for Disability Studies der Universität Leeds.

<http://www.disability-europe.net>
Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

Erasmus+-Projekt «Community Education»

Im Erasmus+-Projekt arbeiteten das Liechtenstein-Institut, das Europäische Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung (Vaduz/Heidelberg/Köln), die Diakonie Württemberg (Stuttgart/Heilbronn) und EU Warehouse (Brüssel) zusammen. Im Jahr 2016 fand ein Meeting in Köln und eine vom Liechtenstein-Institut organisierte Konferenz in Benden statt. Das Projekt wurde 2017 abgeschlossen.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

EUDO Citizenship

Seit dem Jahr 2009 sammelt das European Union Democracy Observatory on Citizenship Informationen zu Fragen der Bürgerschaft, der Einbürgerung sowie der relevanten Gesetzgebung in europäischen Ländern. Ziel ist es, Daten und Analysen bereitzustellen für Wissenschaft, Regierungen, internationale Organisationen und NGOs.

<http://www.eudo-citizenship.eu>
Verantwortlich: Martina Sochin D'Elia

European Equality Law Network

Die Hauptaufgabe des europäischen Netzwerkes von Rechtsexperten für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung besteht darin, zuverlässige und sachkundige Informationen zur Unterstützung der Europäischen Kommission betreffend der Entwicklung der beiden Antidiskriminierungsrichtlinien (Richtlinie 2000/43/EG, Antirassismusrichtlinie; Richtlinie 2000/78/EG, Beschäftigungsrichtlinie) bereitzustellen. Hierbei werden Analysen hinsichtlich der Auswirkungen regulatorischer Vorgaben auf die Praxis, einschliesslich des damit zusammenhängenden Fallrechts, sowie Empfehlungen zu den einschlägigen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten zur wirksamen Bekämpfung von Diskriminierung erarbeitet.

Das Liechtenstein-Institut ist seit 2012 im europäischen Netzwerk unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung tätig.

Das Netzwerk wird seit 2014 von Human European Consultancy, Migration Policy Group (MPG) und der Utrecht Universität im Auftrag der Europäischen Kommission betrieben.

<http://www.equalitylaw.eu/>
Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

European Social Policy Network (ESPN)

Das Europäische Netzwerk für Sozialpolitik (ESPN) wurde 2014 eingerichtet, um der Europäischen Kommission unabhängige Informationen, Analysen und Fachkenntnisse über die Sozialpolitik zur Verfügung zu stellen. Eine wesentliche Aufgabe der ESPN ist die Unterstützung der Europäischen Kommission bei der Überwachung der nationalen Umsetzungsfortschritte der Mitgliedstaaten in Bezug auf die vereinbarte «Strategie Europa 2020». Hierbei ist die Hauptaufgabe der ESPN-Mitglieder die Analyse und Auswertung des Prozessfortschritts der nationalen Strategien zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung (bspw. Altersvorsorge, Arbeitslosigkeit etc.) gemäss den Zielvorgaben der «Strategie Europa 2020».

Das ESPN fungiert auch als Sekretariat des MISSOC (Mutual Information Systems on Social Protection). Im Zentrum des



Das Liechtenstein-Institut hat Einsitz im Expertennetzwerk «Congress of Local and Regional Authorities». Wilfried Marxer (hintere Reihe Mitte) nimmt für das Institut an den Sitzungen teil, hier am 21. September 2017 in Strassburg.

ESPN stehen Länderteams unabhängiger Experten für Sozialpolitik. Seit 2014 arbeitet das Liechtenstein-Institut im ESPN aktiv mit.

2017 lag der thematische Fokus auf der Ausarbeitung von Lösungsansätzen in Bezug auf Fragen der Beschäftigungspolitik sowie der Sozialvorsorge von Personen, die als Selbstständige oder im Rahmen von Nicht-Standard-Verträgen berufstätig sind.

Die Leitung des Netzwerks erfolgt durch das Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER) und das unabhängige belgische Forschungsinstitut APPLICA in enger Zusammenarbeit mit dem European Social Observatory.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1135&langId=en>
Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

Eurydice

Eurydice ist ein Netzwerk für Bildungsinformationen der Europäischen Kommission, das Informationen und Analysen zu europäischen Bildungssystemen und -politiken sammelt, erstellt und veröffentlicht. Die Aufgabe des Eurydice-Netzwerkes besteht darin, das Verständnis über die nationalen Bildungssysteme zu verbessern und Entwicklungen auf nationaler Ebene zu fördern. Nach festgelegten Kriterien wurde im Rahmen dieses Programmes eine erste umfassende Beschreibung des liechtensteinischen Bildungswesens vorgenommen, welche nun fortlaufend ergänzt und aktualisiert wird. Die Plattform berücksichtigt alle Ebenen und Formen der Bildung.

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/index_de.php
Verantwortlich: Barbara Schneider

Expertennetzwerk «Congress of Local and Regional Authorities»

Die Gruppe unabhängiger Experten gründet auf der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung («European Charter of Local Self-Government») des Europarates und arbeitet für den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates («Congress of Local and Regional Authorities»). Jeder Mitgliedstaat ist mit einem unabhängigen Experten vertreten. Diese liefern regelmässig Länderberichte zu ausgewählten Themen. Das jährliche Expertentreffen fand am 21./22. September 2017 in Strassburg statt. Der vergleichende Länderbericht widmete sich der finanziellen Ausstattung von Gemeinden und allfälliger diesbezüglicher Probleme.

Ferner stattete der «Congress» im Rahmen des regelmässigen Monitorings Liechtenstein am 6./7. Juni 2017 einen Besuch ab. Wilfried Marxer nahm am Gespräch teil, an welchem auch einige liechtensteinische Gemeindevorsteher eingeladen waren, und unterstützte die Gemeinden in der Vorbereitung und während des Meetings.

Verantwortlich: Wilfried Marxer

Vernetzungsgruppe «sichtwechsel»

Das Liechtenstein-Institut arbeitet in der Vernetzungsgruppe für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf (sichtwechsel) aufgrund der Expertentätigkeit im Rahmen des EU-Netzwerks ANED mit.

Verantwortlich: Wilfried Marxer, Patricia Hornich

Beiräte, Mandate, Kommissionen

Arbeitsgemeinschaft deutschsprachiger Portale zur Regionalgeschichte und Landeskunde

Das Internet hat sich als Präsentations- und Forschungsinstrument im historischen Bereich etabliert. Zahlreiche Institutionen, die im regional- bzw. landesgeschichtlichen oder landeskundlichen Bereich tätig sind, bieten zentrale Einstiegsseiten und spezielle Informationsangebote in Form von Internetportalen an. Die AG Regionalportale versteht sich als Plattform zum Wissenstransfer und zur weiteren Vernetzung dieser Web-Angebote. Das Historische Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL) wurde 2017 Mitglied. Es wird durch Fabian Frommelt vertreten.

www.ag-regionalportale.de.

Arbeitsgruppe zur Revision des Landesverwaltungsplegesgesetzes

Peter Bussjäger arbeitet in der von der Regierung im Herbst 2014 eingesetzten Arbeitsgruppe mit, die sich eine Reform des Verwaltungsverfahrenrechts sowie der Organisation des Verwaltungsrechtsschutzes zum Ziel gesetzt hat.

Arbeitskreis für interregionale Geschichte des mittleren Alpenraumes (AIGMA)

Der AIGMA ist eine grenzüberschreitende Kontaktgruppe kulturgeschichtlich tätiger Gesellschaften, Institutionen und Historiker im Raum Graubünden, St. Gallen, Vorarlberg und Liechtenstein. Das Liechtenstein-Institut wurde 2017 durch Martina Sochin D'Elia und Fabian Frommelt vertreten.

Begleitgremium zum Projekt «Herrschaftsstrukturen im Wandel»

Seit Februar 2017 untersucht Dr. Stefan Frey im Auftrag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein die Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen im heute liechtensteinischen Gebiet im Spätmittelalter. Fabian Frommelt gehört dem Begleitgremium an.

DenkRaum Bodensee

Wilfried Marxer ist Mitglied im «DenkRaum Bodensee», der 2017 initiiert wurde und im Mai 2018 mit einem Kick-off-Meeting offiziell starten wird. DenkRaum ist ein unabhängiger Think Tank, der in interdisziplinärer Sichtweise Impulse für die zukunftsfähige wirtschaftliche, räumliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung in der Bodenseeregion setzt. Ihm gehören Vertreter und Vertreterinnen der Universität St. Gallen, der Universität Konstanz, der Zep-

elin Universität Friedrichshafen, der DHBW Ravensburg Friedrichshafen, des Vorarlberger Architekturinstituts und des Liechtenstein-Instituts an.

Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein

Fabian Frommelt ist seit 2002 Vorstandsmitglied, seit 2005 stellvertretender Vereinsvorsitzender.

Initiative «mehr demokratie!»

Wilfried Marxer und Peter Bussjäger fungieren als Mitglieder im Beirat der österreichischen Initiative «mehr demokratie». Dies ist eine parteiunabhängige Initiative für eine Stärkung direkter Demokratie in Österreich.

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Rupert Quaderer ist Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Liechtensteinisches Landesmuseum

Martina Sochin D'Elia ist Mitglied des Stiftungsrates.

Statistikkommission der Regierung

Andreas Brunhart ist seit Januar 2013 Mitglied.

Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein

Seit 2014 ist Günther Boss Mitglied im Stiftungsrat, seit 23.6.2015 Präsident.

Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (LAG)

Viele wissenschaftliche Arbeiten von Forschenden des Liechtenstein-Instituts werden im Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft publiziert («Liechtenstein Politische Schriften» (LPS), «Kleine Schriften» (KS)). Emanuel Schädler ist seit 1.1.2016 Leiter des Verlags und betreut verschiedene umfassende Projekte in den beiden Publikationsreihen des LAG-Verlags.

Wilfried Marxer hat als Direktor des Liechtenstein-Instituts von Amtes wegen Einsitz in der Verlagsleitung.

Veranstaltungen

Der «Fall Riccabona» und andere Migrationsgeschichten (24.1.2017)

Präsentation des Sammelbandes «Wanderungen: Migration in Vorarlberg, Liechtenstein und in der Ostschweiz zwischen 1700 und 2000». Nach einführenden Worten des Mitherausgebers Peter Melichar stellten die beiden Autoren August Gächter und Nikolaus Hagen ihre Beiträge vor. Susanne Keller-Giger beleuchtete einen Aspekt des Themas Migration aus schweizerischer Perspektive.

Martina Sochin D'Elia ist mit dem Beitrag «Liechtenstein. Migration früher und heute» im Sammelband vertreten.

Peter Melichar, Andreas Rudigier und Gerhard Wanner (Hg.): Wanderungen. Migration in Vorarlberg, Liechtenstein und in der Ostschweiz zwischen 1700 und 2000. Wien: Böhlau Verlag.

Geldwesen im Umbruch? (31.1.2017)

Im Rahmen des 14. Wirtschaftspolitischen Seminars Alpenrhein referierte Prof. Dirk Niepelt zum Thema «Geldwesen im Umbruch? Vollgeld-Initiative, Blockchain und deren Auswirkungen auf den Währungsraum CH-FL». Prof. Niepelt ist Direktor des Studienzentrums Gerzensee und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern.

Das Wirtschaftspolitische Seminar Alpenrhein ist eine Kooperation zwischen dem Liechtenstein-Institut und der HTW Chur.

Wer wählt warum wie und wen – Ergebnisse der Nachwahlbefragung zu den Landtagswahlen 2017 (7.3.2017)

Wilfried Marxer stellte die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu den Landtagswahlen 2017 vor. Das Liechtenstein-Institut führt seit 1997 Nachwahlbefragungen durch. Auch die Umfragedaten zu den Landtagswahlen 2017 lieferten interessante Erkenntnisse über das Wahlverhalten und die Motive der Wählerinnen und Wähler.



Teilnehmer des Seminars «Europäische Regulierung»: (v.l.n.r.) Nicolas Raschauer, Universität Liechtenstein; Halvard H. Fredriksen, University of Bergen; Matthias Oesch, Universität Zürich; Peter Bussjäger und Christian Frommelt, Liechtenstein-Institut.

Europäische Regulierung und nationale Souveränität – Praxisfragen zur Übernahme europäischen Rechts ausserhalb der EU (21.3.2017)

Die Übernahme europäischen Rechts in die EWR-Staaten und in die Schweiz stösst immer wieder auf Probleme, die im Zwiespalt zwischen europäischer Integration und den Souveränitätsansprüchen der nationalen Verfassungen begründet liegen.

Das Seminar behandelte eine Reihe der sich in der Praxis stellenden und für die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Staaten mitunter höchst bedeutsamen Fragen. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die sich aus dem europäischen Bankenaufsichtsrecht ergebenden rechtlichen Herausforderungen.

Erkenntnisse aus wahlhilfe.li (25.3.2017)

Berno Büchel und Christian Frommelt sprachen über die anlässlich der Landtagswahlen 2017 lancierte Online-Plattform www.wahlhilfe.li und deren Chancen und Grenzen.

www.wahlhilfe.li war im Hinblick auf die Landtagswahlen vom Februar 2017 initiiert worden und wurde von 94 Prozent der Kandidierenden und 43 Prozent der Wählerinnen und Wähler genutzt. Das Liechtenstein-Institut hatte für [wahlhilfe.li](http://www.wahlhilfe.li) einen Fragebogen mit 45 Fragen sowie entsprechende Erläuterungen und Argumente zusammengestellt.

Vortragsreihe «25 Jahre Gleichstellung» (September 2017)

1992 wurde der Gleichstellungsartikel in die liechtensteinische Verfassung eingefügt. Was aber bedeutet diese rechtliche Gleichstellung für das Verhältnis von Männern und Frauen? Wo sind Frauen und Männer heute gleichberechtigt, wo sind sie es nicht? Welche Stolpersteine finden sich noch auf dem Weg zur Gleichberechtigung und wo gibt es beschleunigende Aspekte?

29.8.2017: Gleichberechtigung aus international vergleichender rechtlicher Perspektive

Prof. Dr. Patricia Schiess; Nicole Mathé, Lehrbeauftragte Europarecht und Legal Gender Studies, Universität Wien

Im Vortrag wurde der Weg aufgezeigt von der 1985 an der Urne gescheiterten Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» bis zur Ergänzung der Verfassung im Jahr 1992 um den Gleichstellungsartikel. Dieser Art. 31 Abs. 2 LV lautet schlicht und einfach: «Mann und Frau sind gleichberechtigt.» Diese ausdrückliche Verankerung der Geschlechtergleichheit in der Verfassung ebnete den Weg für die Anpassung verschiedener Gesetze (insbesondere in den Bereichen Bürgerrecht, AHV und Steuern). In mehreren Fällen mussten allerdings Urteile des Staatsgerichtshofes Impulse geben.

5.9.2017: Öffentlichkeit und Privatheit aus feministisch-politikwissenschaftlicher Perspektive

Dr. Linda Märk-Rohrer

Im Vortrag wurde das Entstehen von Rollenbildern ergründet, von denen heute oftmals im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau gesprochen wird. Dabei wurden Aspekte wie die Trennung der Gesellschaft in eine öffentliche und eine private Sphäre sowie die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und deren Bedeutung für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern beleuchtet.

12.9.2017: Hausarbeit und Care-Arbeit in Liechtenstein

Barbara Frommelt, Geschäftsführerin Familienhilfe Liechtenstein; Barbara Fuchs, Wirtschaftswissenschaftlerin

Die beiden Referentinnen erörterten, wo das neoklassische Theoriegebäude im Hinblick auf die Care-Arbeit versagt und welche neuen Modelle sich für die Analyse und Allokation von Care-Ressourcen abzeichnen. Dabei wurden sowohl theoretische Grundlagen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht geschaffen als auch ganz konkret für den Fall Liechtenstein über die Herausforderungen und aktuellen Bedingungen im Bereich der Haus- und Care-Arbeit gesprochen.

Patricia Schiess: «Regierung und Landtag zeigen sich fantasielos»

Gleichstellung Seit 25 Jahren ist die Gleichstellung von Mann und Frau in Liechtensteins Verfassung verankert. Grund genug für das Liechtenstein-Institut, das Thema in einer viertägigen Vortragsreihe näher zu beleuchten. Gestern war Auftakt.

VON SILVIA BÖHLER

Im Jahr 1992 wurde der Gleichstellungsartikel in die liechtensteinische Verfassung eingefügt. «Mann und Frau sind gleichberechtigt», heisst es seitdem im Verfassungstext. Was aber bedeutet diese rechtliche Gleichstellung für das Verhältnis von Männern und Frauen? Wo sind Frauen und Männer heute gleichberechtigt, wo sind sie es nicht? Welche Stolpersteine finden sich noch auf dem Weg zur Gleichberechtigung und wo gibt es beschleunigende Aspekte? An vier Vortragabendenden soll die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Liechtenstein beleuchtet werden, erläuterte Wilfried Manser, Direktor des Liechtenstein-Instituts, zu Beginn. Dabei soll es nicht nur ein historischer Rückblick aufzeigen, sondern das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden. Gestern Abend informierten Patricia Schiess, Forschungsbeauftragte Recht am Liechtenstein-Institut, und Nicole Mathé, Lehrbeauftragte Europarecht und Legal Gender Studies von der Universität Wien, über die rechtliche Situation der Gleichberechtigung, auch mit einem Blick über Liechtenstein hinaus.

Ernüchternde Bilanz
Patricia Schiess zeigte in ihrer Analyse den Weg auf von der 1985 an der Urne gescheiterten Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» bis zur Ergänzung der Verfassung im Jahr 1992 um den Gleichstellungsartikel. Dieser Art. 31 Abs. 2 LV lautet schlicht und einfach: «Mann und Frau sind gleichberechtigt.» Diese ausdrückliche Verankerung der Geschlechtergleichheit in der Verfassung ebnete den Weg für die Anpassung verschiedener Gesetze (insbesondere in den Bereichen Bürgerrecht, AHV und Steuern). In mehreren Fällen mussten allerdings Urteile des Staatsgerichtshofes Impulse geben. Schiess entwarf aber auch die herrschende Gleichstellung: «Es wurden zwar die Gesetze geändert, aber es wurde nicht darüber gesprochen, wie man sich eine Gleichstellung von Mann und Frau vorstelle. Was bessert sich? Was ändert sich? Was sind die Vorteile für Mann und Frau? 1995 hat der Landtag die CEDAW (UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) ratifiziert. Das Übereinkommen verpflichtet die Mitgliedsstaaten, aktiv zu werden und für eine tatsächliche Gleichstellung zu sorgen. Schiess: «Der Landtag hat die CEDAW 1995 durchgewunken, ohne zu diskutieren, dass positive Fördermassnahmen für Frauen Männer diskriminieren können. Auch später findet die CEDAW im Landtag keine Beachtung mehr. Aufmerksamkeit erlange das UNO-Übereinkommen lediglich, wenn Liechtenstein Rapport ablegen müsse. Vor allem dem Beitritt Liechtensteins zum Europäischem Wirtschaftsraum (EWR) war 1999 das Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht (Lohnungleichheit, Schutz vor Diskriminierung usw.) geschuldet. 2006 und 2011 wurde das Gesetz zwar ausgebaut, das Leitmotiv von Regierung und Landtag lautete gemäss Schiess aber: «Wir verabschieden ein Mindestgesetz gemäss den europarechtlichen Vorgaben, aber nicht mehr.» Dass das Gleichstellungsgesetz sowie die CEDAW mit ihren positiven Förder-



Nicole Mathé (li.) und Patricia Schiess zeigen auf, was in Sachen Gesetzgebung in den vergangenen 25 Jahren umgesetzt wurde und welche Themen bisher nicht zur Sprache kamen. (Foto: Paul Truniger)

massnahmen für Frauen im Widerspruch zur Verfassung steht, wurde im Landtag nicht diskutiert. Patricia Schiess kommt somit zur Schlussfolgerung, dass die liechtensteinische Politik zwar kein erklärter Feind der Gleichstellung ist, Regierung und vor allem der Landtag würden sich aber durch Fantasielosigkeit auszeichnen. Patricia Schiess: «Es wurde nicht anhand von konkreten Fällen diskutiert, welche Verbesserungen die behandelten Normen bringen können und wo die Grenzen des Rechts sind. Regierung und Landtag beschränken sich auf eine Mindestumsetzung der Gesetze und konnten sich zu keinen Vorschlägen durchringen, welche die tatsächliche Situation der Frauen verbessern könnten. Nach wie vor fehlt es an einer Gesamtbetrachtung und an klaren Leitbildern.»

VORTRAGSREIHE

Anlässlich 25 Jahre Gleichberechtigung von Mann und Frau veranstaltet das Liechtenstein-Institut eine Vortragsreihe. Weitere Termine sind der 29. August, 5. und 19. September 2017. Die Vortragsreihe findet am Liechtenstein-Institut in Bludenz statt. Beginn jeweils 18 Uhr. Der Besuch der Veranstaltung ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Weitere Informationen unter www.liechtenstein-institut.ch

Liechtensteiner Volksblatt, 30.8.2017

19.9.2017: Die Zukunft von Arbeit und Familie

Corinne Indermaur, Geschäftsführerin Familienplattform Ostschweiz; Dr. Linda Märk-Rohrer

Wie wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heute gelöst und welcher Zusammenhang ergibt sich damit für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau? Vereinbarkeitsfragen stellen sich auch heute noch vorwiegend für Frauen, Männer sind davon nur am Rande betroffen. Der Abend zeigte Chancen, aber auch Gefahren und Herausforderungen auf, die mit der Vereinbarkeit dieser beiden Bereiche zusammenhängen.

Vortragsreihe «500 Jahre Reformation» (November 2017)

Im Jahr 2017 wurde weltweit das Ereignis «500 Jahre Reformation» begangen. Die Auseinandersetzungen der Reformationszeit führten zur Spaltung der abendländischen Kirche und zur Konfessionalisierung von Politik und Gesellschaft, verbunden auch mit gewaltsamen Konflikten. Zugleich löste die Reformation einen Modernisierungsschub aus und förderte die individuellen Freiheitsrechte.

21.11.2017: Geschichte und Gegenwart der evangelischen Kirchen in Liechtenstein

Dr. Günther Boss

Nebst der Evangelischen Kirche und der evangelisch-lutherischen Kirche ist heute auch eine Freie Evangelische Gemeinde in Liechtenstein präsent. Welches Profil haben diese Gemeinschaften, was eint, was unterscheidet sie voneinander? Bestehen weiterhin wesentliche Unterschiede zum katholischen Kirchen- und Glaubensverständnis? Dabei wird auch nach den geschichtlichen Gründen gefragt, weshalb das Gebiet Liechtensteins im 16. Jahrhundert katholisch blieb und erst Ende des 19. Jahrhunderts eine allmähliche Zuwanderung von evangelischen Christen einsetzte.

28.11.2017: «... sonst gnade uns Gott»: Die Lehre der Rechtfertigung aus evangelischer Sicht

Referent: Dr. Johannes Jung, Pfarrer der Evangelischen Kirche Liechtenstein

Alle geschichtlichen Vergewisserungen über die Reformationszeit bleiben abstrakt, wenn man nicht das zentrale existentielle Anliegen Martin Luthers versteht. Das Herzstück seines Ringens liegt zweifellos in der Rechtfertigungslehre, in seiner Frage: «Wie finde ich einen gnädigen Gott?» Am zweiten Vortragsabend führte Pfarrer Johannes Jung in dieses Herzstück der Reformation ein.

Wie wirken sich Information und Marktmacht auf Elektrizitätsmärkten mit hohem Anteil erneuerbarer Energien aus? (6.12.2017)

Im Rahmen des 15. Wirtschaftspolitischen Seminars Alpenrhein referierte Prof. Dr. Regina Betz von der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Chur zum Thema «Wie wirken sich Information und Marktmacht auf Elektrizitätsmärkten mit hohem Anteil erneuerbarer Energien aus?».

Das Wirtschaftspolitische Seminar Alpenrhein ist eine Kooperation zwischen dem Liechtenstein-Institut und der HTW Chur.

Die Reformation im katholischen Ländle

Vortrag Gestern Abend referierte der Theologe Günther Boss im Gampriner Vereinshaus über «Geschichte und Gegenwart der evangelischen Kirchen in Liechtenstein».

Günther Boss, promovierter Theologe und Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut, vermittelte Interessierten gestern Abend einen Einblick in die heute in Liechtenstein existierenden evangelischen Kirchen und ihre Geschichte im Land. Ausgehend von der heutigen Situation der drei aktiven evangelischen Kirchgemeinden, erfuhr das Publikum, wie Liechtenstein in der Zeit der Reformation katholisch blieb, wie die Reformation schliesslich doch ihren Weg nach Liechtenstein fand und was die wesentlichen Unterschiede zum Katholizismus sind. Dabei heisst es der Referent keineswegs bei grosser Theorie. Mit eigenen Erfahrungen und Anekdoten garniert kamen sowohl die theoretische wie auch alltägliche Ebene der Reformation in Liechtenstein auf Tapet.

«Einheit in versöhnter Verschiedenheit»
DerprofundeKammerbühnenKonfessionenbetontbei aller Klarheit, mit der er sein Katholizismus lebt und vertritt, die Wichtigkeit der Ökumene, des Dialogs und der Verständigung auf gemeinsame Werte beider Konfessionen. Es seien ja schliesslich alle Christen – und, wie ein evangelischer Pfarrer im Buchstund häufigfügig, gingen über institutionelle Grenzen hinweg – die Fronten gleicher durch». Auch auf katholischer Seite ist der innerkonfessionelle Dialog weit gespannt: Während sich Papst Franziskus



Der Theologe Günther Boss referierte vor einem vollen Saal in Gamprin. Bild: Daniel Ospelt

oft versöhnlich als «Bischof von Rom» bezeichnet und im schwedischen Lund gemeinsam mit evangelischen Wiedertäufern das 500-jährige Jubiläum der Reformation begeht, lässt das Erzkatholium wenig Interesse an einem diebezüglichen innerchristlichen Dialog erkennen. Mit dem Anglikaner Religionsfrieden ward das Bekenntnis des Landesherren verbindlich geworden und Liechtenstein damals mit seinem Salzer Landesherren katholisch geblieben. Seit der Industrialisierungskommen ab 1880 immer mehr Menschen evangelischen Bekenntnisses ins Land. Sie dürfen ihre Religion schnell problemlos ausüben, pastoral betreut werden sie aber lange noch von Se-

veln und Buchs aus, wo sie auch begraben wurden. Bleibt abzuwarten, wie sich die Trennung von Kirche und Staat verhalten wird – und was der katholischen, den evangelischen wie auch allen anderen in Liechtenstein vertretenen Glaubensgemeinschaften in Zukunft fähig ist, in immerer Gesellschaft eingeräumt werden wird. (sb)

Abkommen mit der Türkei

Wohar Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der Türkei soll modernisiert und erweitert werden. Die EFTA-Minister wollen am Freitag in Gené eine grundsätzliche Einigung darüber bekannt geben. Die Minister treffen am Freitag an ihrer Ministerkonferenz türkischen Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci, mit dem sie gemeinsam die Einigung verkünden wollen. Das Abkommen mit der Türkei ist seit 1992 in Kraft.

Auch weitere Freihandelsabkommen sollen weiterentwickelt werden, nämlich diejenigen mit Mexiko, Kanada, Chile und mit der SAU, der Golfnationen südlichen Afrika. Die EFTA-Minister werden unter dem Vorsitz der liechtensteinischen Ministerin für Ausseres, Justiz und Kultur, Aurelia Frick, über den aktuellen Stand beraten. Besprochen werden sie zudem auch die laufenden Freihandelsverhandlungen mit Ecuador, Indien, Indonesien, Malaysia, dem südamerikanischen Wirtschaftsblock Mercosur und Vietnam. Die EFTA will ihr Netz von Freihandelsabkommen insbesondere auf wachstumsstarke Schwellenländer ausweiten.

Weiter soll am Rande der Konferenz eine Zusammenarbeitsklärung mit Moldova unterzeichnet werden. Einem ein Thema bleiben auch die Auswirkungen des geplanten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) auf die EFTA sowie der Handelsdialog mit den USA. Schliesslich treffen sich die Ministerinnen und Minister zum Meinungsaustausch mit dem Parlamentarierarschuss. Zur EFTA gehören neben Liechtenstein die Schweiz, Island und Norwegen. (sda)

Liechtensteiner Vaterland, 22.11.2017

Vorbereitungskolloquien für die Rechtsanwaltsprüfungen

Für Kandidaten und Kandidatinnen der Rechtsanwaltsprüfung resp. der Eignungsprüfung für Rechtsanwälte führt das Liechtenstein-Institut Vorbereitungskolloquien durch, so auch im Frühjahr und im Herbst 2017. In den Kolloquien werden folgende Themen behandelt:

- Verfassungsrecht (Dozent: Dr. Hilmar Hoch)
- Verwaltungsrecht (Dozent: lic. iur. et oec. Andreas Batliner)
- Zivil- und Zivilprozessrecht (Dozent: lic. iur. Uwe Öhri)
- Strafrecht (Dozent: Dr. Walter Krabichler)

Lehrtätigkeit, weitere Vorträge und Kurse

Andreas Brunhart

Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Chur: Lehrveranstaltungen Macroeconomics (Sommersemester 2017)

Lehrbeauftragter an der Technischen Hochschule Deggen-dorf: Lehrveranstaltung Konjunktur und Wachstum (Wintersemester 2017/2018)

Lehrbeauftragter an der Universität Liechtenstein: Lehrveranstaltung International Economics und Wirtschaftsgeschichte (Wintersemester 2017/2018)

Modul Volkswirtschaft (Politiklehrgang Förderverein Akademie für angewandte Politik) (17./18.2.2017)

Vortrag Das «liebe» Geld und wie es funktioniert. Vortrag am Bildungshaus Gutenberg, Balzers, im Rahmen der Reihe «Schweigen ist Gold – reden wir über Geld» (24.10.2017)

Roman Büsser

«Die Funktionen von Massenmedien in einer Demokratie. Herausforderungen für den Journalismus». Vortrag im Rahmen der Internationalen Sommerakademie für Journalismus und PR an der Universität Liechtenstein (10.8.2017)

Vier Seminare zum Thema «Medien» im Rahmen des Kurses «Aufbauwissen» an der Erwachsenenbildung Stein Egerta (November 2017)

Peter Bussjäger

Zahlreiche Vorträge im Rahmen der Forschung und Lehre an der Universität Innsbruck und in der Leitung des Instituts für Föderalismus

Schriftsätze im Verfahren vor dem VGH und StGH. Seminar an der Universität Liechtenstein (gemeinsam mit Andreas Batliner) (31.1.2017)

Christian Frommelt

Analyse der Landtagswahlen 2017 auf Einladung der VU-Ortsgruppe Balzers, Balzers (30.3.2017)

In Search of Effective External Differentiated Integration, PhD Defense, ETH Zurich (7.4.2017)

Back to the Future? Lessons from the EFTA Countries for the UK's Withdrawal from the EU, Vortrag im Rahmen der EUSA Conference 2017, Miami (4.5.2017)

Liechtenstein and the EEA, Gestaltung und Leitung eines Workshops im Auftrag der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA), Vaduz (10.5.2017)

Analyse der Landtagswahlen 2017 auf Einladung der FBP-Ortsgruppe Schaan, Schaan (16.5.2017)

Auswirkungen des Brexit auf die Europäische Integration, Vortrag auf Einladung des Rotary Clubs Liechtenstein, Vaduz (20.6.2017)

Analyse der Landtagswahlen 2017 auf Einladung der FBP-Ortsgruppe Planken, Planken (21.6.2017)

Auswirkungen des Brexit auf Liechtenstein, Vortrag im Rahmen der Veranstaltung Wirtschaftswunder, Schaan (21.11.2017)

In Search of Effective External Differentiated Integration, Vortrag auf Einladung der niederländischen Botschaft in Bern, Bern (15.12.2017)

Fabian Frommelt

Lehrbeauftragter an der Universität Liechtenstein: Lehrveranstaltung Wirtschaftsgeschichte (Wintersemester 2017/2018)

«Von analog zu digital – Zur Erarbeitung und Digitalisierung des Historischen Lexikons des Fürstentums Liechtenstein (HLFL)». Vortrag an der 11. Jahrestagung der AG Regionalportale in der Bayerischen Staatsbibliothek in München (16.5.2017)

«millionen tausendweis von geistern herschaffen. Ein Fall von Geldzauber am Eschnerberg 1703», Vortrag am Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz, zusammen mit Toni Büchel (29.11.2017)

Linda Märk-Rohrer

«Politische Beteiligung und gläserne Decken. Warum Frauen in Liechtenstein weniger an Politik teilnehmen». Referat anlässlich der Netzwerkveranstaltung der Frauennunion in Vaduz (30.10.2017)

Wilfried Marxer

Vortrag betreffend Landtagswahlen und Analyse des Wahlausgangs beim Präsidium der Vaterländischen Union, Weinstube, Nendeln (13.2.2017)

Staatskundekurs für Mitarbeitende der Landesverwaltung, Haus Gutenberg, Balzers (23./24.3.2017)

Diskussionsrunde betreffend Landtagswahlen und Analyse des Wahlausgangs bei der Ortsgruppe Balzers der Fortschrittlichen Bürgerpartei, Trübbach (3.4.2017)

Vortrag und Konferenzteilnahme an der Konferenz «Menace or Blessing? The Role of Direct Democracy in the Process of Political Representation», Goethe Universität Frankfurt (Prof. Brigitte Geissel) (6.4.2017)

Workshop zur Planung einer Konferenzreihe über direkte Demokratie mit Vertreterinnen und Vertretern der Swiss Democracy Foundation, Luzern (7.4.2017)

Politiklehrgang für Frauen im Auftrag der Fachstelle Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste für Kursteilnehmerinnen aus Vorarlberg und Liechtenstein, Götzis (8.4.2017)

Vortrag und Diskussion über die Landtagswahlen und das Wahlabschneiden der Frauen auf Einladung der Frauen in der FBP, b-smart, Bendern (10.4.2017)

Diskussionsrunde betreffend Landtagswahlen und Analyse des Wahlausgangs an einer Veranstaltung der Freien Liste, Schösslekeller, Vaduz (11.4.2017)

Präsentation des Buches «Community Education – Stark durch Bildung» (6.7.2017)

Podiumsteilnahme an der Veranstaltung «Zeit für Liechtenstein» der Vaterländischen Union zum Thema Frauenquote nach einem Vortrag von Prof. Florian Grotz aus Hamburg, Foyer Vaduzer Saal, Vaduz (13.9.2017)

Teilnahme an der Monitoringrunde der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz ECRI, Haus Risch, Vaduz (26.9.2017)

Kurs Einführung in die Politik und das politische System Liechtensteins für Lehrkräfte des bzb Buchs, bzb, Buchs (26.9.2017)

Medienkonferenz mit Bildungsministerin Dominique Gantenbein und Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zur Vorstellung der Islamstudie, Regierungsgebäude, Vaduz (11.10.2017)

Impulsvortrag und Diskussion über Quoten in der Politik beim Landesvorstand der Fortschrittlichen Bürgerpartei, Vereinshaus, Gamprin (2.11.2017)

Vortrag über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Liechtenstein anlässlich einer Ausstellung des Liechtensteiner Behinderten-Verbandes, Gemeindesaal, Eschen (11.11.2017)

Patricia Schiess

Titularprofessorin für öffentliches Recht und Verfassungsvergleichung an der Universität Zürich: Übungen im Personenrecht an der Universität Zürich (Herbstsemester 2017)

Der Konflikt zwischen der liechtensteinischen Ärztekammer, dem Krankenkassenverband und dem Gesundheitsminister Oder die Mühen der Politik, ihrer Pflicht zur Förderung des Gemeinwohls nachzukommen. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie 2017: Gemeinwohl und Eigeninteresse, Universität Zürich (23.6.2017)

Gleichberechtigung von Mann und Frau und Geschlechtergewalt: In Liechtenstein und gemäss der UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW, Liechtensteinisches Gymnasium in Vaduz (5.10.2017)

Das Recht im Fürstentum Liechtenstein. Eine Einführung. Interner Weiterbildungskurs am Berufs- und Weiterbildungszentrum Buchs (bzb) (30.10.2017)

Die kommunale Situation im Fürstentum Liechtenstein. Vortrag in Feldkirch vor dem Fachausschuss für Rechtsangelegenheiten des österreichischen Städtebundes (18.12.2017)

Menschenrechte im Kleinstaat – Zur Menschenrechtssituation im Fürstentum Liechtenstein. Öffentlicher Vortrag auf Einladung der Forschungsgemeinschaft «Mensch im Recht» in Basel (13.12.2017)

Martina Sochin D'Elia

Monatliche Kurzeinführungen in die Geschichte und das politische System Liechtensteins für die neuen Angestellten der liechtensteinischen Landesverwaltung (als Stellvertretung für Christian Frommelt)

Vortrag am Liechtensteinischen Gymnasium zum Thema Flucht und Flüchtlinge anlässlich des Holocaust-Gedenktages (30.1.2017)

Vortrag an der vom Arbeitskreis Internationale Geschichte des Deutschen Historikerverbandes (VHD) organisierten Tagung «Grenzüberschreitende institutionalisierte Zusammenarbeit von der Antike bis in die Gegenwart» zum Thema «Die (Teil-)Aufgabe der eigenstaatlichen Souveränität zum Wohle der Wirtschaft? Der schweizerisch-liechtensteinische Zollanschlussvertrag» (16./17.3.2017)

Vortrag anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz der deutschsprachigen Länder zur Geschichte und dem politischen System Liechtensteins (7.5.2017)

Kurzvortrag anlässlich der Veranstaltung «Arbeitskräfte gesucht!» des Vereins Schichtwechsel zur liechtensteinischen Migrationspolitik seit 1945 (29.6.2017)

Souveränität vs. Prosperität? Der schweizerisch-liechtensteinische Zollanschlussvertrag von 1923. Vortrag im Liechtensteinischen Landesmuseum auf Einladung des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein (13.12.2017)

Medienpräsenz

Als unabhängiges Institut wird das Liechtenstein-Institut jedes Jahr von zahlreichen in- und ausländischen Medien kontaktiert und um Stellungnahmen, Gastkommentare oder Interviews gebeten.

Regelmässig publizieren Forschungsbeauftragte des Liechtenstein-Instituts auch in der Tagespresse zu ihren Forschungsthemen.

Wichtige Themen im Jahr 2017 waren die Landtagswahlen sowie das schlechte Abschneiden der Frauen an den Wahlen. Auch die vom Liechtenstein-Institut im Auftrag der Regierung erstellte Islamstudie fand über die Landesgrenzen hinaus Aufmerksamkeit. So berichteten die NZZ, das St. Galler Tagblatt und die Thurgauer Zeitung über die Studie.

Neben der Berichterstattung zu den Veranstaltungen des Liechtenstein-Instituts, die jeweils auch viel öffentliche Aufmerksamkeit generieren, nimmt die Tagespresse regelmässig auf Publikationen, Studien und Gutachten des Liechtenstein-Instituts Bezug.

Gastkommentare

Boss, Günther: Die Zelebrationsrichtung in der katholischen Kirche. Liechtensteiner Volksblatt, 30.9.2017.

Boss, Günther: Von Luther lernen. Lie-Zeit Nr. 60, November 2017.

Brunhart, Andreas: Mehr Gemeindesteuere Wettbewerbs in Liechtenstein? Wirtschaft Regional, 8.7.2017.

Büchel, Berno: Zur Entwicklung der Ungleichheit. Wirtschaft Regional, 25.2.2017.

Büsser, Roman: «Fake News» und Medien als vierte Gewalt. Wirtschaft Regional, 11.2.2017.

Büsser, Roman: Medien und wie sie wirken. Lie-Zeit Nr. 56, Juni 2017.

Bussjäger, Peter: Der Staatsgerichtshof und seine Bewährungsprobe. Lie-Zeit Nr. 55, Mai 2017.

Bussjäger, Peter: Das Staatsoberhaupt und die Regierungsbildung. Lie-Zeit Nr. 61, Dezember 2017.

Frommelt, Christian: Links oder rechts – wo stehen Sie? Lie-Zeit Nr. 57, August 2017.

Frommelt, Christian: Populärer Populismus. Wirtschaft Regional, 22.4.2017.

Märk-Rohrer, Linda: Gleichberechtigung sorgt noch lange nicht für Gerechtigkeit. Lie-Zeit Nr. 58, September 2017.

Märk-Rohrer, Linda: Grenzen für die Gleichberechtigung. Lie-Zeit Nr. 53, März 2017.

Marxer, Wilfried: «Opposition ist Mist». Lie-Zeit Nr. 52, Februar 2017.

Schädler, Emanuel: Die Verfassung als Sprachkunstwerk. Lie-Zeit Nr. 54, April 2017.

Schädler, Emanuel: Für eine gläserne Justiz. Lie-Zeit Nr. 59, Oktober 2017.

Sochin D'Elia, Martina: Doppelte Staatsbürgerschaft – wie-so eigentlich nicht? Liechtensteiner Volksblatt, 30.5.2017.

2 lie:zeit 12/2017

GASTKOMMENTAR

Dr. PETER BUSSJÄGER,
Jurist, Forschungsbeauftragter
am Liechtenstein-Institut

Nach der liechtensteinischen Verfassung (Art. 79) bestellt der Landesfürst im Einvernehmen mit dem Landtag auf dessen Vorschlag den Regierungschef und die Regierungsglieder. Eine Regierung kommt daher nur im konstruktiven Zusammenwirken dieser Organe zustande. Ist diese prominente Rolle des Staatsoberhauptes ungewöhnlich? In Deutschland und Österreich vollzieht sich gerade ein mehr oder weniger mühsamer Prozess der Regierungsbildung. In diesen beiden Staaten kommt den dortigen Bundespräsidenten als Staatsoberhaupt eine wichtige Rolle zu. In Österreich ernennt

gegenüber. Mit anderen Worten: Der Bundespräsident kann nach seinem Begehren einen Bundeskanzler bestellen und sich die ihm genäherten Minister vorschlagen lassen. Er muss jedoch damit rechnen, dass eine Regierung, die nicht das

Bundespräsidenten Thomas Klestil, als er im Februar 2000 die damalige ÖVP-FPO-Regierung angebot. Sie drückte sowohl die Misbilligung des Bundespräsidenten als auch seine faktische Ohnmacht aus, seinen Willen gegen die Parlaments-

er sich weigern würde, die beiden möglichen FPÖ-Ministerkandidaten Vranitzky und Guderus zu ernennen. Damit hat er aber auch gleichzeitig zu erkennen gegeben, dass er mit den anderen kolportierten Namen (Stache selbst, aber auch sein ehemaliger Gegner bei der Bundespräsidentenwahl Norbert Hofler) wohl einverstanden wäre. In Deutschland ist die verfassungsrechtliche Situation eine andere. Die mögliche Bundeskanzlerin Angela Merkel wird dem Bundestag vom Bundespräsidenten zur Wahl vorgeschlagen. Das Parlament hat die Hoheit, darüber zu entscheiden, wer Bundeskanzler wird. Der Bundespräsident wird im

Vertrauen des Nationalrats genießt, binnem weniger Wochen in einer Misstrauensabstimmung gestürzt würde. Will er das nicht riskieren, bleibt dem Bundespräsidenten nichts anderes übrig, als eine solche Regierung zu bestellen, die im Parlament eine Überlebenschance hat. Die Österreicher erinnern sich an die finstere Miene des damaligen

mehrheit durchzusetzen. Über den Gesichtsausdruck Bundespräsident Alexander Van der Bellen, wenn er, was allgemein erwartet wird, noch vor Weihnachten Sebastian Kurz zum Bundeskanzler und Heinz-Christian Strache zum Vizekanzler angehen wird, können wir nur spekulieren. Über Umwege ist an die Öffentlichkeit gelangt, dass

Anschluss über Vorschlag der vermutlich gewählten Bundeskanzlerin die Bundesminister ernennen. Eine Abwahl der Bundeskanzlerin kann danach nur noch mittels des sogenannten konstruktiven Misstrauensvotums passieren: Der Bundestag muss zeitgleich einen Nachfolger präsentieren.

Das Staatsoberhaupt und die Regierungsbildung

Lie-Zeit Nr. 61, Dezember 2017

Eine Bodenwertsteuer könnte raumplanerisch wirken

Text: Sabina Jägle



Der Ökonom Andreas Brunhart hat vor zwei Jahren ein Arbeitspapier zur Wirtschaftsentwicklung im Zusammenhang mit einer Bodenbesteuerung in Liechtenstein verfasst. Es kam auf der Homepage des Liechtenstein-Instituts heruntergeladen werden. Boden in Liechtenstein ist heute doppelt so teuer wie über dem Rhein. Die Bodenpreise sind von 1976 bis 2014 um 690 Prozent gestiegen. Das macht gemäss dem Forscher inflationsbereinigt 250 Prozent aus. Die Siedlungsfläche ist seit 1960 um 700 Prozent gestiegen, die Bevölkerung im gleichen Zeitraum aber nur um 120 Prozent. Das bedeutet, dass immer neue Gebiete bebaut wurden und eine starke Zersiedelung kultiviert wurde. Brunhart sieht einen der Gründe der Zersiedelung in der schlechten Raumplanung. Es wurde für 100'000 Einwohner zentriert, was den Verdichtungsdruck stark reduziert hat. Alle zwei Wochen wurde in der Vergangenheit die Fläche eines Fussballfeldes zusätzlich verbaud (Vgl. auch Broggi, S. 14). Für den Ökonomen Brunhart ist die Entwicklung nicht nur aus Umweltsichtungen bedenklich. Auch wirtschaftlich hat sie direkt oder indirekt grosse Konsequenzen. Einen Bodenkauf im eigenen Land können sich nur noch sehr Reiche leisten. Boden wird aber nicht nur für alle, die vom eigenen Häuschen träumen, enorm teuer, sondern auch für Wirtschaft, Staat und Gemeinden. Unternehmen und öffentliche Hand haben mit hohen Infrastrukturkosten zu kämpfen, was sich negativ auf die wirtschaftliche Prosperität Liechtensteins niederschlägt. Boden wird im Vergleich zu anderen Vermögensarten steuerlich bevorzugt. Dies, obwohl im Gegensatz zu anderen Vermögensarten Bodenwertsteigerungen nicht aus eigener Leistung entstehen, sondern wegen Leistungen von Staat und Gesellschaft (Infrastruktur, Strassen, Schulen, Umweltqualität, Kulturlandschaft, wirtschaftliches Umfeld etc.). Trotzdem beteiligen sich Bodenbesitzerinnen kaum an den Kosten für öffentliche Investitionen, die in Liechtenstein besonders hoch sind. Was könnte getan werden? In der Ökonomie findet eine Bodenwertsteuer breiten Konsens. Diese Steuer bewertet ausschliesslich den Bodenwert und nicht die Immobilie darauf. Der Steuersatz könnte je nach raumplanerischem Ziel variiert werden. Die Idee ist in Liechtenstein nicht ganz neu, vor 1923 gab es eine Bodensteuer. Ab 1923 wurde sie dann in die Vermögenssteuer aufgenommen, heute wird 4% des (meist zu tiefen) Bodenschätzwerts als Sollersatz platziert und dann zu den versteuernden Einnahmen hinzuge-rechnet. Laut Andreas Brunhart ist eine Bodenwertsteuer (Land Value Tax) eine beachtliche Idee: Für die Allgemeinheit dürfte sie attraktiv sein, weil durch die neuen Steuererlösen Arbeitsnehmende und Unternehmen durch die Senkung oder Abschaffung einzelner Steuerarten steuerlich entlastet werden. Die Bodenverfügbarkeit würde grösser. Durch einen Freibetrag könnte die Bodenwertbesteuerung sozial ausgestaltet werden. Infrastrukturkosten würden geringer und so situierte Staat und Gemeinden mehr Geld für andere Aufgaben zur Verfügung. Nicht zuletzt glaubt Brunhart auch, dass die Bodenwertsteuer in Liechtenstein ein gutes Steuerungsinstrument für verdichtetes Bauen wäre. Der Ökonom ist überzeugt, dass eine Bodenwertsteuer für weniger starken politischen Widerstand sorgen würde als herkömmliche Raumplanung mit Zonierungen. ■

MBS - Magazin der Freien Liste - 19/17 - 5

Weiss, Magazin der Freien Liste, 19/2017



Petra Eichle



Corina Vogt-Beck



Helgastr Guba



Alice Hagen-Opitz



Julia Kaufmann



Die Referentin Linda Märk-Rohrer sprach über Frauen in der Politik. Bild: R. Schaefer/retu

Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit als Problem

Debatte: Erstmals wurde gestern abend eine Netzwerkveranstaltung der Frauennetz durchgeföhrt. Linda Märk-Rohrer referierte über die politische Partizipation von Frauen.

Julia Kaufmann
Die Frauenunion der Vaterländischen Union hat sich entschlossen, eine überparteiliche Netzwerkveranstaltung zu organisieren, um über wichtige politische Themen zu diskutieren. Am ersten Netzwerkabend, der gestern in der Kantine im Schloss Lausanne stattfand, war die Hauptgastgeberin auf dem Thema der politischen Partizipation von Frauen.

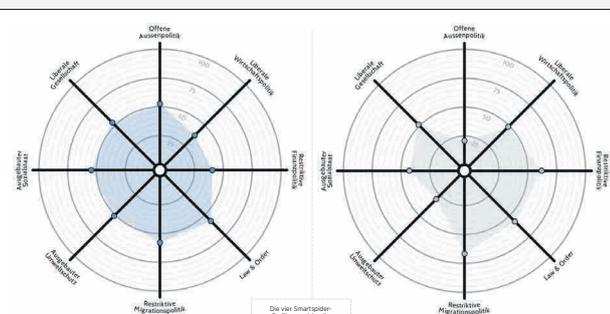
Linda Märk-Rohrer, Forschungsbeauftragte am Liechtenstein-Institut, referierte zum Thema «Politische Beteiligung und Frauen in Liechtenstein» und zeigte, wie wenig an der Politik teilhaben können Frauen. Sie betonte, dass es sich nicht um ein Motivationsproblem handelt, sondern um ein strukturelles Problem, das durch unzureichende Diskussionsanlässe und fehlende Netzwerke entsteht.

Eineige Probleme bereits bekannt
Die Situation, dass immer weniger Frauen an politischen Entscheidungen teilnehmen, ist bekannt. Die Gründe dafür sind vielfältig: fehlende Netzwerke, unzureichende Diskussionsanlässe und eine gesellschaftliche Rollenverteilung, die Frauen in den Hintergrund drängt.

Ein Lebenslauf nicht aufgeföhrt
Das Problem liegt bei der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit. Die private Arbeit – damit gemeint sind die Hausarbeit, die Betreuung der Kinder und die Pflege Angehöriger – wird oft als Hindernis für die politische Partizipation angesehen. Die Netzwerke, die Frauen in der Politik aufbauen, sind oft informell und nicht offiziell anerkannt.

Wie gläcker Decken aufgeföhren werden
In einer kürzlichen Anhörung fragte sich die Referentin, wie die gläcker Decken aufgeföhren werden können. Aktuelle Lösungsansätze sind die Förderung von Frauen in der Politik durch gezielte Mentoring-Programme und die Schaffung von mehr offiziellen Diskussionsanlässen.

Landtagskandidatenprofile auf wahlhilfe.li



Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP)

«Aber die FBP positioniert sich bei allen Themenfeldern als Smartspider der politischen Mitte. Einzig bei den Themen Umwelt und Wirtschaftspolitik sind die FBP-Frauen eher Smartspider der Mitte. Die Smartspider sind damit fast identisch mit dem Smartspider der VU. Dies gibt für die durchschnittliche Abstimmung mit Wählerinnen einen Hinweis an.»

Die Unabhängigen (DU)

«Ein Vergleich zu anderen Parteien zeigt die DU vor allem in der Bereich Wirtschaftspolitik und soziale Politik. Im Unterschied zum FBP sind die DU-Frauen eher Smartspider der Mitte oder eher Smartspider der Mitte. Dies zeigt, dass die DU-Frauen in der Wirtschaftspolitik und sozialen Politik eine ähnliche Positionierung wie die FBP-Frauen einnehmen.»

«Für die Wahlberechtigten besteht eine echte Auswahllücke»

Interview: Politikexperte Christian Frommel vom Liechtenstein-Institut untersucht die Wahlhilfe-Profile der Landtagskandidatinnen. Es gab durchaus Überraschungen, wie er im Interview erklärt.

VON ANNETTE HARTMANN
Eine Frauenspezifische Kampagne erhält die Schlagkraft einer Partei. Es geht aber nicht darum, die Frauen zu überzeugen, sondern die Männer zu überzeugen. Die Wahlhilfe-Profile der Kandidatinnen zeigen, dass es eine echte Auswahllücke gibt. Die Kandidatinnen haben unterschiedliche Schwerpunkte, was die Wahlberechtigten bei der Entscheidung erleichtert.

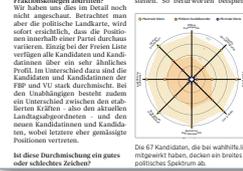
Die Wahlhilfe-Profile zeigen, dass die Kandidatinnen in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und Soziales unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Dies ermöglicht es den Wahlberechtigten, eine Kandidantin zu finden, die am besten zu ihren Interessen passt.



Christian Frommel, Forschungsbeauftragter Politik am Liechtenstein-Institut, nahm die Daten von wahlhilfe.li unter die Lupe. (Archivfoto: Michael Zappalà)

Interessante die Kandidatinnen, die bei wahlhilfe.li mitgewählt haben, deren Namen für die Wahlberechtigten sichtbar sind. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Transparenz der Wahlverfahren zu erhöhen. Die Kandidatinnen sind sich bewusst, dass sie sich nicht nur um die Stimmen der Frauen kümmern, sondern auch um die Stimmen der Männer.

Die Wahlberechtigten haben die Möglichkeit, die Kandidatinnen zu bewerten und zu kommentieren. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der Wahlhilfe-Plattform, um die Kandidatinnen zu unterstützen und ihnen Feedback zu geben.



«Fake News» und Medien als vierte Gewalt

Die Verwendung von Begriffen wie «Lügenpresse» oder «Fake News» verfehlt das Ziel, die Medien ihrer Legitimation zu berauben.

Roman Essler ist Medien- und Kommunikationswissenschaftler. Sein Forschungsschwerpunkt am Liechtenstein-Institut für Politische Kommunikation.



Roman Essler ist Medien- und Kommunikationswissenschaftler. Sein Forschungsschwerpunkt am Liechtenstein-Institut für Politische Kommunikation.

Die oft als vierte Gewalt bezeichnete Medienlandschaft ist in einer ganz anderen Situation. Die Wahrheitsfindung ist durch die Verbreitung von Fake News und Lügenpresse gefährdet. Die Medien verlieren dadurch ihre Legitimation als vierte Gewalt.

Die Verwendung von Begriffen wie «Lügenpresse» oder «Fake News» ist ein Versuch, die Medien zu delegitimieren. Dies ist ein gefährliches Spiel, das die Demokratie gefährdet. Die Medien müssen ihre Rolle als vierte Gewalt wahrnehmen und sich gegen diese Angriffe wehren.

Die Medien haben die Aufgabe, die Wahrheit zu finden und zu berichten. Dies ist eine schwierige Aufgabe, die in Zeiten von Fake News und Lügenpresse noch schwieriger wird. Die Medien müssen ihre Unabhängigkeit und Objektivität wahren, um die Öffentlichkeit vor Falschmeldungen zu schützen.

auf unabhängiger journalistischer Investigativjournalismus. Es gibt zwar keine Parteilichkeit der FL und der DU, aber die Medien sind in der Tat politisch. Die Medien haben die Aufgabe, die Wahrheit zu finden und zu berichten. Dies ist eine schwierige Aufgabe, die in Zeiten von Fake News und Lügenpresse noch schwieriger wird.

Die Medien haben die Aufgabe, die Wahrheit zu finden und zu berichten. Dies ist eine schwierige Aufgabe, die in Zeiten von Fake News und Lügenpresse noch schwieriger wird. Die Medien müssen ihre Unabhängigkeit und Objektivität wahren, um die Öffentlichkeit vor Falschmeldungen zu schützen.

Problematische Entwicklung
Weil es für politische Akteure fast unmöglich ist, Medien mit einer abwertenden politischen Grundhaltung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, wenden Versuche zu deren Dekonstruktion an. Die Kalkulation der Verwendung von Begriffen wie «Lügenpresse» oder «Fake News» verfolgt das Ziel, die Medien ihrer Legitimation zu berauben und ihre wichtige demokratische Rolle als vierte Gewalt in Frage zu stellen.

Kritik und Kontrolle
Die zwei Liechtensteiner Tageszeitungen kommunizieren ihre parteipolitischen Nähe zur VU bzw. zur FBP offen und übernehmen dadurch Aufgaben der Kritik und Kontrolle. Dies beruht jedoch oft auf parteipolitischer Anstatt

Nachwuchsförderung

Das Liechtenstein-Institut ist mit seiner Forschungsausrichtung in vielerlei Hinsicht eine einzigartige Institution in Liechtenstein. Daher tragen wir auch eine spezielle Verantwortung für die Nachwuchsförderung.

In allen Fachbereichen werden Praktikantinnen und Praktikanten für Aufgaben in laufenden Forschungsprojekten eingesetzt, sodass sie Einblick in die praktische Forschungstätigkeit eines wissenschaftlichen Instituts erhalten.

Praktikantinnen und Praktikanten 2017

Elias Quaderer; Studium der Geschichte an der Universität Zürich (Mitarbeit im Fachbereich Geschichte)

Vitoria Stella de Pieri; Studium der Politikwissenschaft an der Universität München (Fachbereich Politik)

Isabelle Sartor, abgeschlossenes Studium der Politikwissenschaften an der Universität Zürich (Fachbereiche Recht und Geschichte)

Julia Kaufmann, Studium der Geschichte und Sozialanthropologie an der Universität Bern (Fachbereich Politik)

Florin Konrad, Studium der Politikwissenschaften an der Universität Zürich (Fachbereich Politik)

Sabine Moosmann, Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien (Fachbereich Politik)

Cornelius Goop, Studium der Geschichte an der Universität Zürich (Fachbereich Geschichte)

Domenic Sauter, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich (Fachbereiche Recht und Geschichte)

Sarah Nigg, Studium der Philologie und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Wien (Fachbereich Politik)

Anton Büchel, Studium der Geschichte an der Universität Wien (Fachbereich Politik)

«Motivierende Erfahrung»

Mein Studium in Geschichte und Sozialanthropologie beruht vor allem auf Recherchearbeiten und dem Schreiben von Essays, Artikeln und Arbeiten. Während meinem Praktikum beim Liechtenstein-Institut konnte ich diese erlernten Fähigkeiten zum ersten Mal zwecks tatsächlichen Forschungsarbeiten anwenden. Einerseits war das eine sehr motivierende Erfahrung für mich, da die Theorie in der

Praxis zur Anwendung kam, umgesetzt werden konnte und schliesslich auch funktionierte. Andererseits hat mir das Praktikum aber auch aufgezeigt, wie wichtig es ist, genau, konzentriert und gewissenhaft zu arbeiten. Denn während Fehler in der Universität keine Folgen haben, sind Unstimmigkeiten beim Erheben von Daten fatal und können das gesamte Ergebnis verfälschen.

Julia Kaufmann

«Orientierung fürs Studium»

Von Februar bis März 2017 durfte ich ein sechswöchiges Praktikum im Fachbereich Politikwissenschaft des Liechtenstein-Instituts absolvieren. Das Praktikum ermöglichte mir einen Einblick in den Alltag und die Praxis der Forschenden und der Forschung, die jenseits des universitären Milieus betrieben wird. Ich konnte bei einigen meiner Aufgaben mein bereits erlangtes Wissen anwenden und mir zudem viel neues Wissen aneignen. Ausserdem durfte ich ein sehr angenehmes Arbeitsklima erleben in einem äusserst kompetenten Team, welches mich als volles Mitglied herzlich aufgenommen hat und mir durch die abwechslungsreichen Konversationen und die Zusammenarbeit auch vieles aus unterschiedlichen Fachbereichen auf meinem weiterem Weg mitgegeben hat. Die Arbeit am Institut hat mir ausserdem geholfen, meine Präferenzen in Bezug auf bestimmte Forschungsfelder zu erkennen und die folgende Orientierung meines Studiums zu bestimmen.

Vitoria Stella de Pietri

«In vielerlei Hinsicht profitiert»

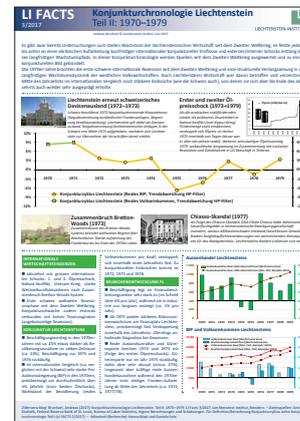
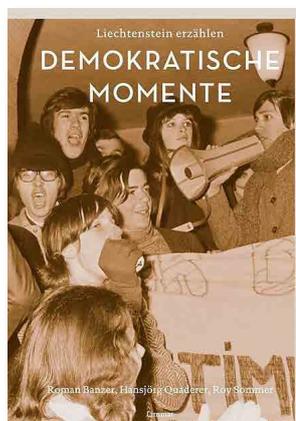
Mein Praktikum am Liechtenstein-Institut fokussierte primär auf der Onlineumsetzung des Historischen Lexikons des Fürstentums Liechtenstein. Hiervon konnte ich in vielerlei Hinsicht profitieren. Speziell für mein Geschichtsstudiums zog ich den grössten Nutzen aus dem Durchackern jedes einzelnen Lexikonartikels – von «Abegg» bis «Zwing und Bann». Ich erhielt Einblicke in die unterschiedlichsten Facetten der liechtensteinischen Geschichte, als auch in Aspekte, die über das Land hinausgreifen. Folglich stiess ich auf Bereiche, zu denen noch offene Fragen bestehen oder Themen, deren erneute Bearbeitung sich lohnen würde. Ein solches Bündel an Fragen und Themen bereits in petto zu haben, ist eine enorme Hilfe für künftige Haus-, Seminar- und sogar Masterarbeiten.

Elias Quaderer



Elias Quaderer

Veröffentlichungen 2017



Monografien, Sammelbände

Banzer, Roman; Quaderer, Hansjörg; Sommer, Roy (2017): *Demokratische Momente* (Liechtenstein Erzählen, Bd. 1). Zürich, Limmat Verlag.

Frommelt, Christian (2017): *In Search of Effective Differentiated Integration: Lessons from the European Economic Area (EEA)*. Thesis submitted at ETH Zurich.

Frommelt, Fabian; Hitz, Florian; Kasper, Michael; Thöny, Christof (Hg.) (2017): *Das Jahr ohne Sommer. Die Hungerkrise 1816/17 im mittleren Alpenraum*. Innsbruck: Universitätsverlag Wagner (Schriftenreihe des Arbeitskreises für interregionale Geschichte des mittleren Alpenraumes, Bd. 4).

Höbsch, Werner; Marxer, Wilfried (Hg.) (2017): *Community Education. Stark durch Bildung. Vaduz/Bendern: Europäisches Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung/Liechtenstein-Institut.*

Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2017): *Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer*. Redaktion: Martina Sochin D'Elia und Fabian Frommelt. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59).

Artikel in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Boss, Günther (2017): *Antisemitismus als Thema auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil – Die Erklärung Nostra aetate*. In: Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): *Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer*. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59), S. 327–355.

Brunhart, Andreas (2017): *Are Microstates Necessarily Led by Their Bigger Neighbors' Business Cycle? The Case of Liechtenstein and Switzerland*. In: *Journal of Business Cycle Research*, Volume 13, Issue 1, pp. 29–52.

Bussjäger, Peter (2017): *Gemeindekooperationen in Liechtenstein und in Vorarlberg. Rechtsgrundlagen und Vergleich*. In: Liechtenstein-Institut (Hg.) (i.Ersch.): *Gemeinden – Geschichte, Entwicklung, Bedeutung*.

Bussjäger, Peter; Frommelt, Christian (2017): *Europäische Regulierung und nationale Souveränität. Praxisfragen zur Übernahme europäischen Rechts ausserhalb der EU*. In: *Liechtensteinische Juristen-Zeitung (LJZ) 2017*, H. 2, S. 40–45.

Frommelt, Fabian (2017): *Bürgertum im Bauernland. Eine sozialgeschichtliche Skizze zum 19. und frühen 20. Jahrhundert: Ausbildungen und Berufe*. In: Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): *Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer*. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59), S. 293–325.

Gstühl, Sieglinde; Frommelt, Christian (2017): *Back to the Future? Lessons of Differentiated Integration from the EFTA Countries for the UK's Future Relations with the EU*. *Social Sciences*. 2017; 6(4):121. doi:10.3390/socsci6040121.

Marxer, Wilfried (2017): *Brennpunkt Verfassung: Volksabstimmungen über die liechtensteinische Verfassung seit 1919*. In: Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): *Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer*. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59), S. 129–157.

Marxer, Wilfried (2017): *Community Education an der Schnittstelle von politischer Bildung und politischer Aktion*. In: *Werner Höbsch und Wilfried Marxer* (Hg.): *Community*

Education. Stark durch Bildung. Vaduz/Bendern: Europäisches Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung/Liechtenstein-Institut, S. 28–51.

Schädler, Emanuel (2017): Franz Klein und die bevorstehende Teilreform der Zivilprozessordnung: ein rechtshistorisch-konzeptuelles Schlaglicht, in: Liechtensteinische Juristen-Zeitung LJZ 38 (2017) 3, S. 65–68.

Schädler, Emanuel (2017): Zur Herkunft des Landesverwaltungspflegegesetzes: eine überprüfende Rekonstruktion. In: Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59), S. 161–182.

Schiess, Patricia (2017): Die Kompetenzen der Gemeinden bei der Verleihung des Staatsbürgerrechts. Ein Rechtsvergleich zwischen Liechtenstein und der Schweiz. In: Liechtenstein-Institut (Hg.) (i.Ersch.): Gemeinden – Geschichte, Entwicklung, Bedeutung.

Sochin D’Elia, Martina (2017): «Unsere gute Beziehungen werden alle Veränderungen überleben». Die liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen im Spiegel der Zollvertragsjubiläen. In: Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59), S. 249–272.

Sochin D’Elia, Martina (2017): Katholizismus – Nein Danke!? In: Josef Inauen, Franziska Metzger und Markus Furrer (Hg.): Geschichte und Beruf. Eine Festschrift für Urs Allematt von seinen ehemaligen Studierenden. Münster: Lit Verlag, S. 179–182.

Sochin D’Elia, Martina; Frommelt, Fabian (2017): Einleitung. In: Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59), S. 15–30.

Wille, Herbert (2017): Die kommunale Kirchenfinanzierung – Geschichte und Grundlagen. In: Liechtenstein-Institut, Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Geschichte erforschen – Geschichte vermitteln. Festschrift zum 75. Geburtstag von Peter Geiger und Rupert Quaderer. Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 59), S. 105–128.

Sonstige Publikationen

Boss, Günther (2017): Die Zelebrationsrichtung in der katholischen Kirche. In: Fenster. Magazin des Vereins für eine offene Kirche 3/2017, S. 3–5.

Boss, Günther (2017): Islamische Begräbnisstätte in Liechtenstein. In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen. Bendern: Liechtenstein-Institut, S. 100–107.

Boss, Günther (2017): Islamischer Religionsunterricht. In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen. Bendern: Liechtenstein-Institut, S. 91–99.

Boss, Günther (2017): Muslimisches Leben in Liechtenstein. In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen. Bendern: Liechtenstein-Institut, S. 79–90.

Boss, Günther (2017): Rezension: Volker Leppin: Die fremde Reformation. Luthers mystische Wurzeln. München (2016). In: Fenster. Magazin des Vereins für eine offene Kirche 3/2017, S. 10–11.

Boss, Günther (2017): Verweigerung von Sakramenten. Einige Beobachtungen zum Religionsunterricht an den Schulen. In: Fenster. Magazin des Vereins für eine offene Kirche 4/2017, S. 5–7.

Brunhart, Andreas (2017): Konjunkturchronologie Liechtenstein. Liechtenstein-Institut, Bendern.

- Teil I: 1954–1969. LI Facts 2/2017.
- Teil II: 1970–1979. LI Facts 3/2017.
- Teil III: 1980–1989. LI Facts 4/2017.
- Teil IV: 1990–1999. LI Facts 5/2017.
- Teil V: 2000–2009. LI Facts 6/2017.

Büchel, Berno; Voss, Achim (2017): Unterschiedliche Einstellungen zu Umverteilung in Liechtenstein. LI Facts 1/2017. Liechtenstein-Institut, Bendern.

Bussjäger, Peter (2017): Kommentierungen zum VI. Hauptstück (Vom Landesausschusse: Art. 71–77 LV). In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Online-Kommentar, Bendern 2016, www.verfassung.li.

Gamper, Anna (2017): Kommentierungen zu Art. 37, 38, 39 LV (Glaubens- und Gewissensfreiheit, Schutz der Vermögensrechte der Religionsgemeinschaften, Stellung der römisch-katholischen Kirche als Landeskirche, staatsbürgerliche und politische Rechte). In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Online-Kommentar, Bendern 2016, www.verfassung.li.

- Gstöhl, Sieglinde; Frommelt, Christian* (2017): Although Britain won't rejoin EFTA, it can learn a great deal from its experience, The London School of Economics and Political Science (LSE), Brexit Blog. 6 November 2017, <http://blogs.lse.ac.uk/brexit/2017/11/06/although-britain-wont-rejoin-efta-it-can-learn-a-great-deal-from-how-it-works/>
- Liechtenstein-Institut (Hg.)* (2017): Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen. Bericht im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein (mit Beiträgen von Wilfried Marxer, Martina Sochin D'Elia, Günther Boss, Hüseyin I. Çiçek). Bendern. Liechtenstein-Institut.
- Märk-Rohrer, Linda* (2017): Mythos Chancengleichheit. Frauen und Gleichberechtigung in Liechtenstein. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 59).
- Marxer, Wilfried* (2017): Daten zu Muslimen aus diversen Erhebungen in Liechtenstein. In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen. Bendern: Liechtenstein-Institut, S. 59–78.
- Marxer, Wilfried* (2017): Extremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2016. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 60).
- Marxer, Wilfried* (2017): Islam, Islamophobie und Integration in der internationalen Forschung. In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen. Bendern: Liechtenstein-Institut, S. 31–51.
- Marxer, Wilfried* (2017): Landtagswahlen vom 5. Februar 2017. Ergebnisse einer Umfrage. Bendern (LI Aktuell 1/2017).
- Marxer, Wilfried* (2017): Menschenrechte in Liechtenstein – Zahlen und Fakten 2016. Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.). Mitarbeit: Patricia Hornich, Alina Brunhart. Vaduz: Regierung des Fürstentums Liechtenstein
- Marxer, Wilfried* (2017): Politisches System Liechtensteins. In: Creativeservice AG (Hg.): Liechtenstein Guide 2017/2018. Schaan, S. 50–56.
- Marxer, Wilfried* (2017): Rechte von Menschen mit Behinderungen in Liechtenstein. Studie im Auftrag des Liechtensteiner Behinderten-Verbandes. Bendern. Liechtenstein-Institut.
- Marxer, Wilfried* (2017): Zwei Schlüsselmomente der Demokratie. In: Roman Banzer, Hansjörg Quaderer und Roy Sommer: Demokratische Momente. Liechtenstein Erzählen 1. Zürich, Limmat Verlag, S. 9–19.
- Marxer, Wilfried; Hornich, Patricia* (2017): ANED Country Report on Social Protection and Article 28 UNCRPD – Liechtenstein. Prepared as an input for the synthesis report of the Academic Network of European Disability Experts (ANED). Eds. Human European Consultancy, Utrecht/University of Leeds, Leeds.
- Quaderer, Rupert* (2017): Wilderertod im Garsälli (3. September 1871). In: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Jahrbuch des Historischen Vereins, Bd. 116. Vaduz: Verlag des Historischen Vereins, S. 67–80.
- Schädler, Emanuel* (2017): Kommentierung zu Art. 27 LV (Verfahrens- und Vollstreckungsrecht; berufsmässige Parteienvertretung). In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Online-Kommentar, Bendern 2016, www.verfassung.li.
- Schiess, Patricia* (2017): Kommentierung zu Art. 18 LV (öffentliches Gesundheitswesen) und zu Art. 21 LV (Hoheitsrecht über die Gewässer, Energie). In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Online-Kommentar, Bendern 2016, www.verfassung.li.
- Sochin D'Elia, Martina* (2017): Muslimische Zuwanderung nach Liechtenstein und in den Bodenseeraum. In: Liechtenstein-Institut (Hg.): Islam in Liechtenstein. Demografische Entwicklung, Vereinigungen, Wahrnehmungen, Herausforderungen. Bendern: Liechtenstein-Institut, S. 8-30.
- Wolf, Sebastian* (2017): The 2017 elections in Liechtenstein: Slight changes and a stronger parliamentary opposition. Auf: «Who governs in Europe and beyond» (Blog), <https://whogoverns.eu/category/blog/>.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2017/2018

In der Forschung tätig

Dr. Günther Boss

Forschungsbeauftragter im Fachbereich Geschichte (60%)
Forschungsschwerpunkte: Kirche und Staat

Dr. Andreas Brunhart

Forschungsbeauftragter Wirtschaft (90%)
Forschungsschwerpunkte: Kleinstatenökonomie, Konjunktur- und Wachstumsanalyse

Dr. Berno Büchel

Forschungsbeauftragter Wirtschaft (60%) (Austritt per 31.3.2017)
Forschungsschwerpunkt: Verteilungsgerechtigkeit

Dr. Kristina Budimir

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (80%) (seit 1.1.2018)

lic. phil. Roman Büsser

Doktorand Fachbereich Politik (80%) (Austritt per 30.6.2017)
Forschungsschwerpunkt: Medien und politische Kommunikation

Univ.-Prof. Dr. Peter Bussjäger

Forschungsbeauftragter Recht (50%)
Forschungsschwerpunkt: Verfassungsrecht

Dr. Christian Frommelt

Direktor ab 1. April 2018, Forschungsbeauftragter Politik (100%)
Forschungsschwerpunkt: Europäische Integration

lic. phil. Fabian Frommelt

Forschungsbeauftragter Geschichte (100%)
Forschungsschwerpunkt: Frühe Neuzeit

Dr. Christian Glocker

Forschungsbeauftragter Wirtschaft (60%) (seit 1.2.2018)
Forschungsschwerpunkt: Makroökonomie

Mag. Patricia Hornich LL.M.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (30%)

Dr. Linda Märk-Rohrer

Forschungsbeauftragte Politik (40%)
Forschungsschwerpunkt: Gender Studies

Dr. Wilfried Marxer

Direktor bis 30. März 2018, Forschungsleiter Politik (100%)
Forschungsschwerpunkt: Politisches System Liechtenstein

Dr. Emanuel Schädler

Forschungsbeauftragter Recht (100%)
Forschungsschwerpunkt: Verwaltungsverfahrenrecht

PD Dr. Patricia Schiess

Forschungsbeauftragte Recht (80%)
Forschungsschwerpunkt: Verfassungsrecht

MLaw Sarah Schirmer

Doktorandin Fachbereich Recht (100%) (seit 1.10.2017)
Forschungsschwerpunkt: Staatsaufgaben im Kleinstaat

lic. phil. hum. Barbara Schneider

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (15%)

Dr. Martina Sochin D'Elia

Forschungsbeauftragte Geschichte (50%)
Forschungsschwerpunkt: Zeitgeschichte

Mag.a Enya Steiner

Doktorandin Fachbereich Recht (100%) (seit 1.10.2017)
Forschungsschwerpunkt: Staatsaufgaben im Kleinstaat

Freie wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Roman Banzer

Hansjörg Quaderer
Dr. Rupert Quaderer
Dr. Herbert Wille

Bibliothek

Mag. Cornelia Schuster

Bibliothekarin (60%)

Administration

Ruth Allgäuer

Assistentin der Direktion (70%)

Brigitte Bühler

Assistentin der Direktion (70%)

Mitglieder des Institutsvorstands



Dr. Guido Meier, Jurist, Vaduz. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel mit Doktorat 1977. Rechtsanwalt. 1980 bis 2015 Mitglied des Treuhänderrates des Allgemeinen Treuunternehmens ATU, Vaduz (2002 bis 2015 Präsident). 2001 bis 2016 Vizepräsident des Verwaltungsrats der VP Bank. Von Februar 1993 bis 1997 Landtagsabgeordneter (FBP). 1985 bis 1993 Richter am Staatsgerichtshof. Präsident des Liechtenstein-Instituts seit 1986.



Barbara Fuchs studierte Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien (1986–1992). Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählten das Zusammenspiel von Institutionen zur sozioökonomischen Gestaltung von Technologieentwicklung und unternehmerischer Innovation. Nach ihrer Promotion arbeitete sie als Innovationsmanagerin, u.a. für die Swisscom und Microsoft. Seit 2017 ist sie als Abteilungsleiterin für die Entwicklung und Umsetzung von innovativen Geschäftsmodellen in der Ivoclar Vivadent in Schaan tätig. Im Vorstand des Liechtenstein-Instituts seit 2017.



Jochen Hadermann maturierte an der Bündner Kantonsschule, Chur. Studium an der HSG, St. Gallen. Doktorat 1974 mit einem volkswirtschaftlichen/soziologischen Thema in der Raumplanung (Gemeinschaftsdissertation). Er arbeitete in verschiedenen Funktionen, zuletzt als Mitglied der Geschäftsleitung, zuständig für Anlageberatung und Vermögensverwaltung. Danach geschäftsführender Direktor der neu gegründeten Centrum Bank AG, Vaduz. Nach der Pensionierung während der ersten Mandatsperiode fünf Jahre Mitglied des Verwaltungsrates der FINMA und seit 2008 im Vorstand des Liechtenstein-Instituts.



Helmut Konrad, Gymnasiallehrer/Pensionist, Schaan. Studium in Germanistik und Geschichte an der Universität Bern. Höheres Lehramt. 1980 bis 2002 Lehrer am liechtensteinischen Gymnasium, 1987 bis 2002 Prorektor. 2002 bis 2014 Leiter Mittel- und Hochschulwesen im Schulamt. 1997 bis 2005 Landtagsabgeordneter (FBP), 2001 bis 2003 Fraktionssprecher. Seit 2015 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Erwachsenenbildung Stein Egerta Anstalt, seit 2017 Präsident der Maturakommission der Fürstentums Liechtenstein. Im Vorstand des Liechtenstein-Instituts seit 2014.



Judith Oehri, Ruggell. Betriebswirtschafterin HF und Psychologin FH. Selbstständige Laufbahnberaterin und Case Managerin. Von 2011 bis 2013 Gemeinderätin, von 2013 bis 2017 Landtagsabgeordnete (VU) und Mitglied der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Vorstandsmitglied des Liechtenstein-Instituts seit 2017.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Rats



Prof. Dr. Sieglinde Gstöhl, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates. Politikwissenschaftlerin. Seit 2005 Professorin am Europakolleg in Brügge und seit 2010 auch Direktorin des Studiengangs EU International Relations and Diplomacy Studies. Zuvor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Forschungsbeauftragte am Liechtenstein-Institut. Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität St. Gallen und am Institut de hautes études internationales in Genf.



Prof. Dr. Regula Argast, Historikerin, Bern. Seit 2016 Professorin für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Bern sowie Lehrbeauftragte an den Universitären Fernstudien Schweiz (seit 2014). Von 2014 bis 2016 Professorin für Geschichts- und Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg i. Br. Forschungsschwerpunkte: Bürgerrecht und Einbürgerungen in der Schweiz und in Liechtenstein vom 19. Jh. bis in die Gegenwart, transnationale Geschichte der Bevölkerung und Migration, Geschichte der Nation und des Nationalismus im 19. und 20. Jh., Wissensgeschichte der Eugenik und Genetik.



Dr. iur. Hilmar Hoch, LL.M. Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bern (Lizenziat 1983; Doktorat 1991) und an der Harvard Law School in Cambridge/USA (LL.M. 1992). Zugelassen als Rechtsanwalt in Liechtenstein (1991) und New York (1993). Seit 2005 Partner einer Rechtsanwaltskanzlei in Schaan/FL. Seit 1994 Mitglied des Staatsgerichtshofes; ab 2005 Vize-Präsident, seit Februar 2018 Präsident. Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates. Seit 1999 Dozent für Staatsrecht im Vorbereitungskurs für Rechtsanwaltskandidaten und seit 2004 Präsident der Anwaltsprüfungskommission.



Prof. Dr. Andreas Kley, Jurist. 1980 bis 1984 Studium der Staatswissenschaften an der Universität St. Gallen mit Lizentiat und Dr.rer.publ (1989), Anwaltspatent (1990); 1995 Privatdozent für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen; 1997 bis 2005 Professor für öffentliches Recht an der Universität Bern. Seit 2005 Professor für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich; seit 1998 Mitglied des Wissenschaftlichen Rats des Liechtenstein-Instituts.



Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher. Volkswirt. Seit 2017 Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Wien sowie Direktor des Vienna Center for Experimental Economics und seit 2016 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Höhere Studien, Wien. Davor Professor für Verhaltensökonomik an den Universitäten München und East Anglia, Norwich. Ständiger Gastprofessor an der Universität Göteborg.

Organisation

Der Verein

Das Liechtenstein-Institut ist als gemeinnütziger Verein gemäss liechtensteinischem Personen- und Gesellschaftsrecht organisiert.

Der Verein zählte per 31. Dezember 2017 92 Mitglieder. Die Mitgliederversammlung 2017 fand am 31. Mai statt. Die Berichte des Präsidenten und des Direktors wurden zur Kenntnis genommen sowie Jahresbericht und Jahresrechnung 2016 genehmigt.

Direktor

Seit 1. April 2018 ist Dr. Christian Frommelt Direktor des Liechtenstein-Instituts. Er trat damit die Nachfolge von Wilfried Marxer an, der das Amt seit 2011 innehatte.

Als Direktor vertritt er das Liechtenstein-Institut in wissenschaftlichen Belangen nach aussen, bereitet die Geschäfte des Wissenschaftlichen Rates vor und führt dessen Beschlüsse aus. Auch ist er zuständig für die laufenden Personal- und sonstigen Angelegenheiten des Instituts.

Vorstand

Der Vorstand wählt auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Rates den Direktor, sorgt für die finanziellen Mittel des Instituts, wählt gemeinsam mit dem Direktor das administrative Personal des Instituts und vertritt das Institut in Absprache mit dem Direktor nach aussen.

Der Vorstand hielt 2017 vier Sitzungen ab. Neben Routinegeschäften wurden personelle, finanzielle und organisatorische Entscheidungen getroffen und die Forschungs- und Lehrtätigkeit am Institut diskutiert.

Die beiden Vorstandsmitglieder lic. iur. Wolfgang Seeger und Dr. Peter Rheinberger wurden an der Mitgliederversammlung 2017 verabschiedet und für ihren langjährigen Einsatz verdankt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Barbara Fuchs und Judith Oehri.

Wissenschaftlicher Rat

Der Wissenschaftliche Rat ist insbesondere für die Begleitung und Ausrichtung des Forschungs- und Lehrbetriebs zuständig.

In den Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates vom 1. Juli und 11. November 2017 wurden die Berichte zu den Forschungsprojekten behandelt, geplante Veranstaltungen zur Kenntnis genommen sowie das weitere Vorgehen in den vier Fachbereichen beraten.

Jahresrechnung 2017

Die Jahresrechnung 2017 schliesst mit einem Betriebsaufwand von 1'739'015 CHF und einem Betriebsertrag von 1'538'974 CHF, was einen Aufwandüberschuss von 200'041 CHF ergibt.

Die Finanzierung des Liechtenstein-Instituts im Jahr 2017 erfolgte durch Unterstützungsbeiträge der öffentlichen Hand und Privater, durch Gutachtertätigkeit, Auftragsprojekte sowie Veranstaltungen und Mitgliederbeiträge.

Im Weiteren sprach der Schweizerische Nationalfonds (SNF) im Jahr 2017 einen Beitrag von rund 350'000 CHF für das am Liechtenstein-Institut angesiedelte, auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt «Staatsaufgaben im Kleinstaat. Eine rechtsvergleichende Analyse für Liechtenstein», für welches eine erste Anzahlung an das Institut im Berichtsjahr erfolgte.

Zusammensetzung der Erträge

Landesbeitrag	CHF	1'000'000
Beiträge Gemeinden	CHF	78'066
Spenden Privater	CHF	144'249
Dienstleistungen und weitere Erträge	CHF	316'659

Private Spender

Unter den bedeutenden privaten Spendern im Jahr 2017 sind zu nennen:

Ferro Industrial- und Handelsgesellschaft AG

March International Ltd.

Helmuth M. Merlin Stiftung

Gebhard Sprenger

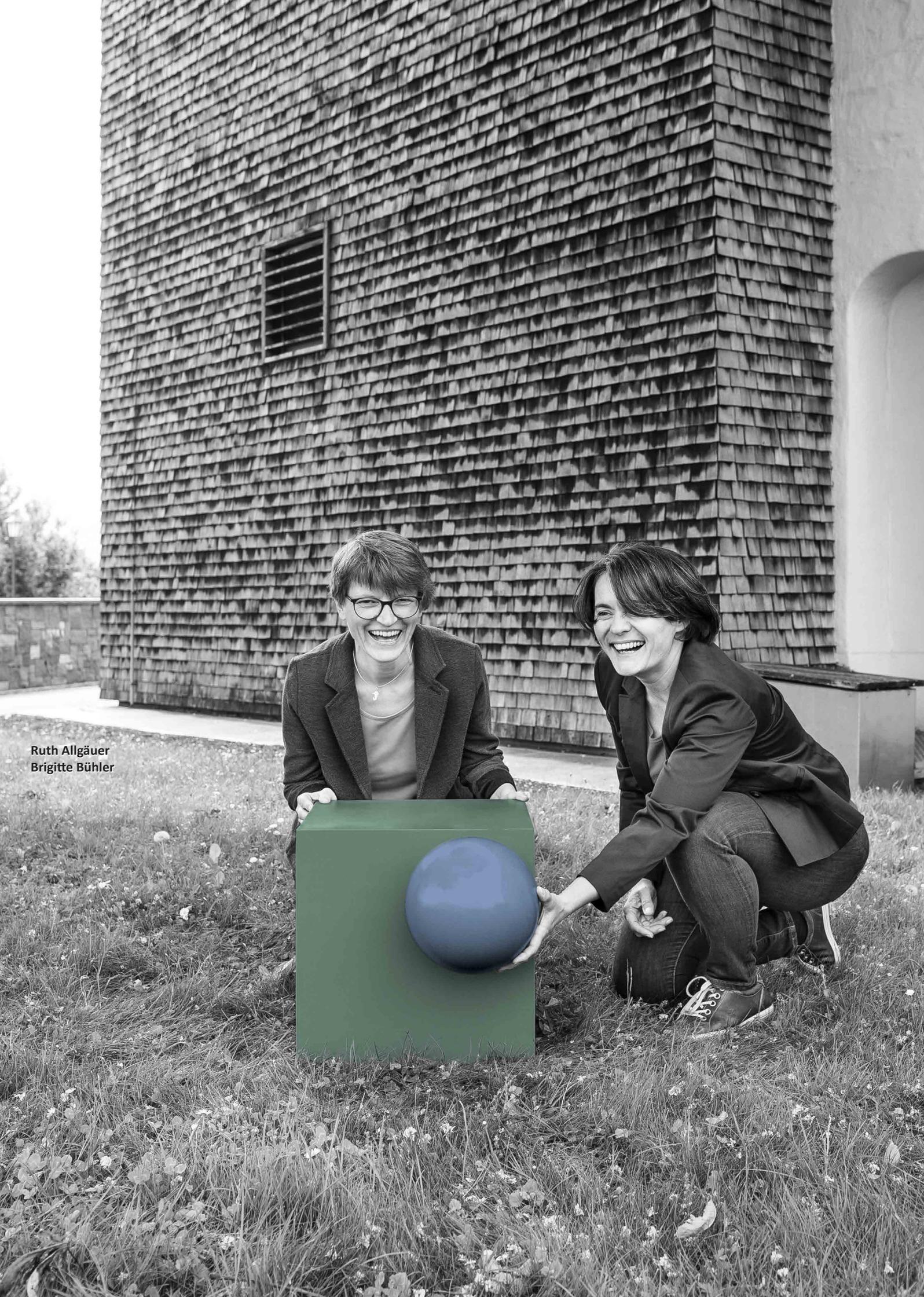
Stiftung Mensch, Innovation und Forschung

Theres Vogt Familienstiftung

Allen Spendern und Förderern des Jahres 2017, aber auch allen bisherigen Spendern und Förderern, sei an dieser Stelle aufrichtig gedankt. Ohne ihre grosszügige Unterstützung wäre das gute Funktionieren des Forschungsbetriebs nicht möglich.

Kontrollstelle

Wie in den vergangenen Jahren nahm auch im Jahr 2017 ReviTrust GrantThornton, Schaan, diese Aufgabe wahr.



Ruth Allgauer
Brigitte Bühler



Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2
9487 Bendern
Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li